Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92, wo keine Post am Orte. Mk. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühr beträgt für die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 223. Dienstag, den 24. September 1906. 17. Jahrgang.

Die revolutionäre Bauernbewegung in Rußland.

Für die Entwickelung der russischen Revolution ist die revolutionäre Bauernbewegung jenes Landes von geradezu entscheidender Bedeutung. Es wird deshalb unsere Leser interessieren, was unser russischer Mitarbeiter, der selbst mitten in jenem Kampfe steht, über diese Frage zu berichten weiß. Unser Mitarbeiter schreibt:

Wenn wir die Rolle der Duma in der Arbeiterbewegung als eine sehr winzige bezeichnen können, so müssen wir in Bezug auf die Bauernbewegung doch zugestehen, daß sie in der letzteren einen Wendepunkt bedeutet: sie gestaltete die Bauernbewegung viel tiefer, systematischer und mehr organisiert, indem sie den Bauern ihre Lage, wie mit bengalischem Lichte in den Reden der linksstehenden Abgeordneten beleuchtete, ihnen ein Organisationszentrum gab, und ihre Ziele ihnen klar vor die Augen stellte.

Die Arbeiter und die Arbeiterparteien glaubten seit dem ersten Moment nicht an die Möglichkeit irgendwelcher positiven Arbeit in der Duma und darum regten sie sich auch nicht besonders auf, als die Duma auseinandergejagt wurde. Anders die Bauern. Diese glaubten noch in ihrer ländlichen Naivetät, daß, wenn ihre gewählten Abgeordneten nach Petersburg gehen und dem Zaren und den Tschinowseiks ihre schreckliche Lage beschreiben, dann öffnen sich die Augen der letzteren, sie werden das Land den Bauern nicht vorenthalten können, und ein Paradies fängt an auf Erden zu herrschen. Die Bauern verstanden noch nicht, daß das Recht des Volkes, oder irgend einer Klasse einzig und allein in ihrer Kraft, in der zielbewußt gerichteten Kraft, besteht. — Die ganzen Hoffnungen der russischen Bauernklasse konzentrierten sich um die Duma und deshalb war ihr Auseinandertreiben von der absolutistischen Junkerregierung für die Bauern ein fürchterlicher Schlag; doch ein Schlag, der sie zu bewußten Rittern der Revolution machte, der in ihren Köpfen die Klarheit eigener Ziele und der Kampfesmittel um ein ungeheures erhöhte.

Die Ursache, daß ein Ausbruch des Bauern-Aufstandes nicht sofort nach der Duma-Katastrophe stattfand, liegt an den schlechten Verkehrsverhältnissen in Rußland und dem für die Duma-Auflösung sehr schlau von der Regierung gewählten Momente.

Die Ernte ist für den Bauern eine so wichtige Zeit, daß alle Bewegungen in diesem Momente natürlicherweise erschlaffen müssen; die ganze Energie des Bauern ist während der Ernte nur darauf gerichtet, sich für die Wintermonate möglichst besser zu versorgen. Die Regierung begriff gut, daß die herausforderndsten Schritte gegen das Bauerntum während der Erntezeit höchstens ein dumpfes Brummen des russischen Bären verursachen könne, doch aber ihn zu keiner weitgehenderen Bewegung veranlassen werden. Und so wurden die Duma-Abgeordneten zu jener Zeit auseinander gejagt und die Bauern blieben damals äußerlich ruhig.

Und weiter die Verkehrsverhältnisse in Rußland! Als die Nachrichten von der Dumaauflösung in die dunklen, abgelegenen Dörfer drangen, bis selbst die vertriebenen Abgeordneten erschienen und Berichte abgaben, vergingen Wochen und Monate. Auch das Vorhandensein von gewissem Quantum Korn nach der Ernte, die im allgemeinen sehr schlecht ausgefallen ist, machte den Bauern schwerfälliger, bedächtiger.

Doch diese Zeit ist jetzt vorüber — die Abgeordneten kehrten in die Dörfer zurück, die Kunde von der Dumaauflösung drang in die abgelegensten Nester, das geerntete Korn ist oder wird bald aufgezehrt — die Bewegung tritt in eine neue Phase ein.

Die Bauern fangen sich an immer mehr zu organisieren, sie morden die Landeigentümer und verbrennen ihre Güter selteener, doch das Konfiszieren der Latifundien der „Pomeschtschiks“ geht in noch breiterem Maßstabe, aber mehr systematisch, organisatorischer, als früher vor; es wird auch überall gegen die Polizeibehörden und Vertreter der Regierung scharf vorgegangen und die Waffen werden ihnen weggenommen.

Eine ganze Reihe von Nachrichten aus den letzten Tagen kann dazu als Illustration dienen.

Im Dorfe Pietrowskoje, 22,000 Einwohner, im Gouvernement Stawropol, fand ein grandioses Meeting statt, an welchem sich bis 12,000 Personen beteiligten. Das Meeting wurde in der Kirche beim Flattern der roten Fahnen, abgehalten. Anfeuernde Reden wurden gehalten; Drohrufe erschallten seitens der Bauern; der Pope wurde gezwungen, Gebete für die Rettung des in Kronstadt arretierten Bauernabgeordneten Ozipko abzuhalten. — Nach dem Meeting ging das Volk im Zuge durch die Straßen des Dorfes . . . . .

Die Schutzleute wurden aus dem Dorfe vertrieben. Den Ipravnik (Polizeioffizier) prügelten die Bäuerinnen durch und zwangen ihn die Flucht zu ergreifen.

Aehnliche Vorgänge kamen auch in den benachbarten Dörfern vor — in Praskow, Blagodarnoje, Verestowka, Biala Glina usw., wohin auch Militär und Kosaken geschickt wurden.

Aus vielen Dörfern wurden die Pfaffen vertrieben — sie halten sich gegenwärtig in den Städten auf.

In den Dörfern leiten die Bewegung revolutionäre Selbstverwaltungen, die aus 15 bis 20 Personen gebildet werden. Die zentrale revolutionäre Selbstverwaltung im Dorfe Petrowskoje besteht aus 76 Personen. Die verbreiteten Proklamationen tragen einen offiziellen Stempel.

Ueber die Befreiung der arretierten Bauern von ihren Genossen kommen täglich Nachrichten. Es wird genügen, hier nur einige Beispiele aus den letzten Tagen wiederzugeben.

Im Kreise Hobodsk, Gouvernement Wiatka, fand ein blutiger Zusammenstoß der Bauern mit der Landpolizei statt. Die unmittelbare Ursache des Zusammenstoßes war die Absicht des Polizeioffiziers, den gewesenen Dumaabgeordneten Kuznietzow zu arretieren. Die Bauern verhinderten die Festnahme, wobei während der Schlägerei ein Bauer getötet, einige verwundet wurden. Doch gelang es den Bauern, die Landpolizei zur Flucht zu zwingen und ein großes Meeting (1500 Personen) abzuhalten. In Bielgorod hat die Menge mit Gewalt einen arretierten Bauern befreit.

Ueber die Beziehungen der Bauern zur Polizei belehren uns folgende Nachrichten:

In dem Gouvernement Kasan herrschen Agrarunruhen, es werden große Meetinge veranstaltet. In einem Dorfe wurde das Haus und die Wohnung des Polizeioffiziers zerstört, ihm selbst gelang es mit Mühe auf einem Kahn mit dem Leben zu entkommen.

In Nowaja Tschachtorja, Gouvernement Wolyn, veranstalteten die Bauern ein von 200 Personen besuchtes Meeting, auf dem beschlossen wurde, den Schutzleuten keine Wohnungen zu geben, und die Bauern, welche sich dem Beschlusse widersetzen, zu boykottieren.

Im Gouvernement Jaratow fürchten die Fuhrleute in der Nacht zu fahren, da die Bauern, die gut bewaffnet sind, Polizeileute und Adelige aufsuchen, um sie zu töten; alle anderen werden nicht belästigt.

In anderen Orten werden Branntweinläden durch Versammlungs-Beschlüsse geschlossen. So im Dorfe Batitna, Gouvernement Kursk, wo auf einem Meeting, auf welchem der gewesene Abgeordnete Katomanow Bericht über die Tätigkeit und das Auseinanderjagen der Duma gab, ein Beschluß von Vertretern von 4 Kreisen gefaßt wurde, nach dem alle Branntwein- und Bierläden, die der Regierung gehören, in allen vier Kreisen geschlossen werden sollen.

Im Dorfe Popowka, Gouvernement Honel, haben sich die Bauern beim Verifizieren der Reservisten den Militärbehörden widersetzt. Kosaken und Militär wurde gesandt.

Von der reichen Chronik der Güterkonfiskation seitens der Bauern werden wir nur einige markanteste Fakten erzählen, da alle widerzugeben, ein Ding der Unmöglichkeit ist.

Sehr stark ist diese Bewegung im Gouvernement Grodno; letztens haben die Bauern des Dorfes Linjon von dem Fürsten Tschetwertynski ein großes Stück Land abgenommen, welches 3 Kilometer breit und 1 Kilometer lang ist. Es wurden rote Fahnen ausgehängt. Eine Abteilung Tscherkessen wurde zur Niederdrückung der Bewegung hingesandt, doch am selben Tage erhielt man Nachrichten über den Ueberfall der Bauern auf die Wälder des Fürsten Lubemiski und die Tscherkessen begaben sich dahin.

Im Gouvernement Kostroma wurde das Gut der Fürstin Lagarina geplündert. — Das Vieh und Korn wurde weggenommen, die Schutzleute sind verprügelt worden.

Im Gouvernement Saratow wird der Waldraub in den Gütern der hiesigen Landeigentümer seit dem Auseinanderjagen der Duma im großen Maßstabe betrieben.

In Gouvernements, wo die Ernte schlecht ausgefallen ist und bereits Hunger herrscht, nimmt die Agrarbewegung drohende Formen für Eigentümer der Latifundien an.

Im Gouvernement Mordnesch wird von den Bauern die Taktik der Zerstörung der Güter mit Feuer angewandt. Täglich werden einige Güter verbrannt und oft mit dem Boden gleichgemacht.

Da die Edelleute die einzige Rettung in den Dragonern und Kosaken sehen, so wird das kleine Häuschen Militär, das die Regierung hergeben kann, da sie die anderen „bedrohten“ Punkte des Schutzes zu entledigen nicht imstande ist, förmlich auseinandergerissen.

Im Ministerium des Innern erhielt man Nachrichten von Agrarunruhen im Gouvernement Poltawa; mehrere Güter wurden mit dem Boden gleichgemacht.

Aus Zaslawe wird berichtet, daß täglich Feuersbrünste vorkommen. Oft bricht in einer Nacht an 3 bis 4 Stellen Feuer aus. Hauptsächlich wird in den Gütern des gewesenen reaktionären Dumaabgeordneten, des Grafen Potocky, Feuer von den Bauern angelegt.

In einigen Kreisen des Gouvernements Wiatka brennen Regierungswälder, die von den Bauern angezündet werden. Dem Löschen des Feuers seitens der Kosaken widersetzen sich scharf die Bauern.

Wie wir sehen, brennt es in allen Ecken und Enden Rußlands. Und mit jeder Woche, mit jedem Tage wird das Korn seltener auf dem Dorfe, Typhusepidemien werden wieder ihre Totenarbeit beginnen und der Bauernaufstand wird sich mit Notwendigkeit über ganz Rußland wie ein Lauffeuer verbreiten. Die Arbeiter und ihre Partei — die Sozialdemokratie — wird den günstigen Moment nicht verpassen dürfen und vielleicht erleben wir in kurzer Zeit die letzte Szene des ersten Aktes der großen russischen Revolution — das endliche Zertrümmern der absolutistischen Regierung. Wahrscheinlich ist es!

M. D.

Das Weiberdorf.

Roman aus der Eifel von Clara Viebig.

11] [Nachdruck verboten.]

Die alte Schneidersch, die hinter der Schwiegertochter das Korn raffte, keifte: „Voran gemaach! Sei net e su faul!“

„Ech kann net mieh!“

„Ech kann net mieh“, äffte die Alte nach. „Hammer dech dafor in de schiene Stuw einloschiert? Hei gieft net gefaulenzt! Mir haon ke Gäld, om onnötze Mäuler zo fudern!“

Bäbbi verbiß die Tränen; es wollte sich ihr wie ein Schrei aus der Kehle ringen: „Wenn das der Lorenz wüßt'!“

Aber sie schwieg, mit der Schwiegermutter war nicht gut Kirschen essen. Neulich, als der Lorenz Geld geschickt, hatte die es wie selbstverständlich an sich genommen; der jungen Frau, die schüchtern ihr Teil verlangte, wurde grob über den Mund gefahren.

Lenzen Bäbb hatte keinen Anhang, ihre Eltern waren tot. Der alte schwachköpfige Lenzen-Ohm, bei dem sie halb als Tochter, halb als Magd gewohnt, hatte ihr das, was er ihr vermacht hätte, zur Hochzeit ausgezahlt; nun war das verjubiliert, kaum für die notwendigsten Anschaffungen war etwas geblieben.

„Wenn er doch hier wäre! Wenn er bald wiederkäm'!“ Das war der Stoßseufzer, der sich stündlich von Bäbbis Lippen rang; mit einer verzehrenden, krankhaften Sehnsucht gedachte sie seiner, Tag und Nacht. Schwer wie die Bürde ihres Leibes, schleppte sie ihr Leben hin. „Wär' er nur wieder da!“

In der Ecke ihrer Kammer machte sie mit Rötel jeden Abend einen Strich an die Wand — wieder ein Tag vorüber! Noch hundertzwei Tage, dann kam er!

Die Sichel in der Hand, auf den Knien liegend, starrte das junge Weib traumverloren in den blendenden Sonnenflimmer.

Nebenan auf der Stoppel pflügte die Tina Pötsch. Sie hatte ihre beiden jüngeren Geschwister, den dreizehnjährigen Karl und die vierzehnjährige Billa in den Pflug gespannt; nur wenige im Dorf konnten sich den leisten, die meisten arbeiteten den Acker mit der Hacke um. Stolz schwang sie die Peitsche, mit einer besonderen Wollust hieb sie sausend durch die Luft. Das Schnurende traf Billa am Hals, mit einem Aufschrei drehte sie sich um.

Tina lachte.

„Waart, dau frech Dingen“, kreischte die jüngere wütend.

Tina lachte noch immer.

„Hü, hott, meine Peerdches!“

„Ech sein net dein Peerd!“ Billa warf sich in der Furche nieder.

„Hü, hott! Willste ziehn?!“

Sie blieb halsstarrig in der Furche liegen, kein Peitschenschlag trieb sie zum Aufstehen; aber als Tina hinter dem Pflug vorsprang und sie mit dem Fuß in die Weiche stieß, packte Billa zu. Ihre Finger krallten sich in Tinas Wade, mit einem Aufkreischen riß sie die Ueberraschte zu sich nieder. Sie wälzten sich beide auf der Stoppel.

Karl, nicht faul, nahm die Partei der jüngsten Schwester; es war ihm gelungen, sich loszusträngen, nun warf er sich über die beiden Mädchen, auf Tinas Rücken mit den Fäusten trommelnd. Billa, zu unterst am Boden liegend, erstickte fast unter der doppelten Last.

Das war aber alles noch Spaß, in das Gekreisch mischte sich Lachen; jedoch nun wurde es Ernst.

Tina hatte den Bruder in's Bein gekniffen, dafür riß er sie an den Haaren; mit der einen Hand zerrte er ihren Kopf in die Höhe, mit der andern Faust schlug er ihr in's Gesicht. Das Blut floß ihr aus der Nase, das Wasser aus den Augen; sie schrie laut auf.

Verschiedene kamen herzu und umstanden die Wolke von Staub, in der sich die drei wälzten. Die Meinungen waren geteilt.

„Dat schadt dem Tina neist, wann dat ordentlich wat uf de Schnöß kriegt“, sagte eine.

„Jesses, hän haut se kappores!“

„Speck on Schwart sein von einer Art — die duhn sech neist!“

„Haal dem Jong de Bein fest, hän trampelt dat Bill zo Schannen!“

„Ae wat, Onkraut vergieht net!“

„Et blut jao!“

„Hilf! Hilf!“ kreischte Tina. Ihr Hilfegeschrei gellte weit über die Aecker.

Von allen Seiten liefen jetzt neugierig die Weiber herbei.

„Wat es passiert? Wän schreit e su? Kuckt elao! Jeßmarijusep!“

„Et es en Schand“, rief die Densborn, „dat dir dat Tina halt dud schlaon laoßt! Krieht hän beim Schlawittchen! Läßte los, dau infamichte Karnallij!“ Sie zerrte den Jungen am Bein.

„Laoßt hän nor“, schrie die Steffes gegen, „kömmert Eich erscht om Eiren Jong! Dän Karl haot ganz rächt, dat Tina pisakt se Dag on Naacht. Wän onschullige Könner schlät, es sälwer Prüsel wert. Eier Hannickel soll mer nor kommen! Hän haot dat Hubertche geschlaon, dat em ale Rippen wieh duhn; ech verklaogen hän bei de Hähren vom Gericht, on Eich derzu, Eich scheinheilig Luder!“

„Wat — wat“, zeterte die Densborn, „Ihr wollt noch räden?! Su en Mensch, su en mannsdoll Mensch, su en —“ in der Wut versagten ihr die Ausdrücke — „dat zu de Mannsleit rennt, e su dal als de [illegible] net [illegible]! Pfui!“ Sie spuckte aus. „Su en —“

„Et es net waohr, et es net waohr“, kreischte die Steffes; sie war blutrot im Gesicht und wirbelte auf die große starkknochige Gegnerin zu. „Ihr seid nor neid'sch — jao, neid'sch! Haha!“ Sie lachte krampfhaft. „Ihr wollt sälwer gären, Ihr“ —

Die andere schlug ihr auf den Mund: „Liegnersch!“

„Ihr wollt sälwer gären — haha — alde Schatehka!“

„Haha! Alde Schatehk!“ Wie einen Schlachtruf nahmen die jüngeren Weiber das auf.

Die schwarze Drun, die blonde Leis gesellten sich zu Steffes; sie hatten längst einen heimlichen Groll auf die Densborn, die allem nachschnoberte. „Annemarei, dat es rächt! Laoß der neist gefaalen, Annemarei! Dat scheel Luder maant, et könnt het kommandieren?! Su hammer net gewett! Olau, Schatehk, alde Schatehk! Hahahaha!“ Ein nicht endenwollendes Gelächter pflanzte sich fort.

Die paar, die noch arbeiteten, erhoben sich auch von den Knien; in großen Sprüngen stürzten sie herzu, die Sichel in der Hand schwingend, mit flatternden Röcken und Geschrei.

Da wurden Haare gelassen.

Kathrine Densborn hatte Annemarie Steffes am Schopf gepackt.

„Dau mannsdoll Mensch, dau — saog et noch ehs — dau!“

„Neid'sch, dir seid neid'sch! Alde Schatehk!“

„Liegnersch!“

„Wollst sälwer gären!“

„Waart, ech will dech liehren!“

Der Kampf wurde ernsthaft. Die große Gegnerin schüttelte die kleine wie ein Bündel Kleider; diese schlug mit Händen und Füßen aus. Ließen sie sich einen Augenblick los, um Atem zu schöpfen, gleich stürzten sie wieder aufeinander.

Schreie, Schimpfworte, Kreischen, Lachen, ohrenbetäubendes Geschnatter.

Zwei Parteien hatten sich gebildet, Frau stand gegen Frau; so manche hatte einen heimlichen Groll auszufechten, es waren nicht mehr die Densborn und die Steffes allein, die aufeinander losgingen.

Die Geschwister Pötsch waren vergessen. Karl, die Hände in den Taschen seiner zerlumpten Hose, sah grinsend dem Tumult zu; Billa lag heulend am Boden. Tina wischte sich mit dem Handrücken das Blut von der Nase, dann schlich sie mit funkelnden Augen dem Weiberknäuel näher. Sie hatte auch ihre Feindinnen darunter — rasch der Steffens ein Bein gestellt! Warum hatte ihr die vorhin [illegible] beigestanden?!

Nun steckte sie mitten drin im Kampf; die blonde Leis, das Bäschen von der Steffes, und, mit ihren goldenen Zöpfen Tinas gefährlichste Nebenbuhlerin — war sie nicht erst vorhin aus Pittchens Tür geschlichen? — versetzte ihr eins.

„Hol dech in acht, dau Schiedermaul“, zischelte Tina [illegible]

(Fortsetzung folgt.)

Politische Uebersicht.

Krätke wird stark!

Herr Krätke hat sich nun, um seinen Patriotismus zu beweisen, nicht enthalten können, zur offiziellen Nadelstich-Politik beizutragen. Aus Mannheim erhält der „Vorwärts“ folgendes Telegramm:

„Die hiesige Postverwaltung hatte, wie im „Vorwärts“ angekündigt war, die Absicht, zu den im Apollotheater stattfindenden Verhandlungen des Parteitages Einrichtungen für die Presse und für den Telephon- und Telegrammverkehr zu treffen. Die bereits begonnenen Vorarbeiten wurden aber gestern Abend auf Weisung des Reichspostamtes inhibiert.“

Die Berichterstattung der sozialdemokratischen Presse wird Herr Krätke nicht stören; aber den in Mannheim anwesenden bürgerlichen Journalisten wird er ihre Arbeit sehr erschweren.

„Du sollst auf Vater und Mutter schießen . . .?“

Jeder unserer Leser kennt diesen vielzitierten Ausspruch. Es war stets unsere Aufgabe, diesen Ausspruch in Gegensatz zu stellen zu dem 4. christlichen Gebot, das fordert: „Du sollst Vater und Mutter ehren usw.“ Aber in hohen militärischen Kreisen huldigt man der Ansicht, daß die „Disziplin“ verlange, erforderlichenfalls auf Vater und Mutter zu schießen und das 4. Gebot nicht zu beachten. Ein sehr interessanter Prozeß, der sich mit diesem Thema beschäftigte, fand dieser Tage vor der II. Strafkammer in Berlin statt. Es handelt sich um folgenden Tatbestand:

In einer der Protestversammlungen, welche unsere Parteigenossen aus Anlaß der Schulverpfaffungsvorlage am 15. Mai in Berlin veranstalteten, gab auch ein Diskussionsredner, Genosse August Büchel, diesem Gedanken Ausdruck, indem er dem Sinne nach sagte: Die Erziehung, welche die Volksschule den Kindern angedeihen lasse, sei nicht die richtige; die Eltern sollten sich deshalb die Erziehung ihrer Kinder angelegen sein lassen, namentlich sollten sie ihre Söhne erzieherisch derart beeinflussen, daß diese, wenn sie zum Militär kämen und ihnen befohlen würde, auf Vater und Mutter zu schießen, dem Befehl nicht Folge leisteten.

Wegen dieser Aeußerung ist auf Grund des Berichtes des überwachenden Polizeileutnants gegen Büchel Anklage erhoben worden. Die Anklage stützt sich auf § 110 des Strafgesetzbuches, der denjenigen mit Strafe bedroht, der öffentlich vor einer Menschenmenge zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen oder gegen die von der Obrigkeit innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen auffordert.

Büchel gab vor Gericht zu, sich im Sinne der Anklage geäußert zu haben, er bestritt aber, daß diese Aeußerung eine strafbare Handlung sei. Die Verhandlung drehte sich deshalb lediglich um die Frage, ob eine an die Eltern gerichtete Aufforderung, ihre Kinder so zu erziehen, daß sie als Soldaten einem Befehl, auf Vater und Mutter zu schießen, nicht nachkommen, eine durch § 110 des Straf-Gesetzbuches unter Strafe gestellte Handlung sei.

Der Staatsanwalt bejahte diese Frage, billigte dem Angeklagten aber mildernde Umstände zu und beantragte eine Geldstrafe von 100 Mark.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Wolfgang Heine, beantragte Freisprechung. Der Angeklagte habe, was nicht bestritten werde, die Eltern aufgefordert, ihre Kinder so zu erziehen, daß, falls sie Soldat werden und ihnen befohlen werden sollte, auf Vater und Mutter zu schießen, sie diesem Befehl nicht nachkämen. Der Staatsanwalt habe recht, wenn er sage, wenn ein Soldat einen Befehl erhalte und er führt ihn nicht aus, so ist das strafbar. Auch derjenige macht sich strafbar, der einen Soldaten vor einer Menschenmenge auffordere, einen militärischen Befehl nicht zu erfüllen. Eine solche Aufforderung falle aber unter § 112 und nicht unter den hier angezogenen § 110 des Strafgesetzbuches. Doch der Angeklagte habe ja nicht Soldaten zum Ungehorsam aufgefordert; seine Aufforderung habe sich auch nicht an diejenigen gerichtet, die Soldaten werden und als solche den Befehl, auf Vater und Mutter zu schießen, erhalten könnten, sondern er habe sich mit seiner Aufforderung an die Eltern gewandt, um sie zu bewegen, daß sie ihre Kinder in einem bestimmten Sinne erzieherisch beeinflussen möchten. § 112 könne hier also nicht in Frage kommen. Bezüglich des § 110 halte die Judikatur daran fest, daß die Erregung allgemeiner Unzufriedenheit mit bestehenden Gesetzen nicht strafbar sei, es müßten vielmehr, wenn die Voraussetzungen des § 110 als erfüllt gelten sollen, bestimmte Personen aufgefordert sein, ihrerseits den Gesetzen ungehorsam zu sein. Hiervon könne aber im vorliegenden Falle keine Rede sein, denn es gäbe kein Gesetz, welches jemanden verpflichtet, seine Kinder so zu erziehen, daß sie als Soldaten jeden an sie ergehenden Befehl auszuführen hätten. Der Angeklagte habe also nur aufgefordert, etwas zu tun, was kein Gesetz verbiete; er habe also auch nicht zum Ungehorsam gegen das Gesetz aufgefordert.

Das Gericht schloß sich in allen wesentlichen Punkten dem Verteidiger an. Der Vorsitzende führte bei der Urteilsverkündung aus: Wenn man in der Aeußerung des Angeklagten eine strafbare Aufforderung im Sinne des § 110 finden wollte, dann müßte es ein Gesetz geben, welches vorschreibe, daß Eltern ihre Kinder so zu erziehen hätten, daß sie die Pflicht des militärischen Gehorsams höher stellen, als die Pflicht gegen die Eltern. Ein solches Gesetz gäbe es aber nicht. Eine an Personen des Soldatenstandes gerichtete Aufforderung zum Ungehorsam liege nicht vor, sondern nur eine Aufforderung an die Eltern, ihre Kinder in gewissem Sinne zu beeinflussen. Man könne nun noch fragen, ob der Angeklagte vielleicht an die jungen Sozialdemokraten die verkappte Aufforderung gerichtet habe, als Soldaten den Gehorsam zu verweigern, aber diese Annahme erscheine den Umständen nach ausgeschlossen, es sei vielmehr die Volksschulangelegenheit gewesen, die den Angeklagten zu seinem Gedankengange veranlaßt habe. Ein strafbarer Tatbestand liege somit nicht vor. Deshalb sei auf Freisprechung zu erkennen.

Die preußischen Lehrer werden rebellisch. Die Einberufung des preußischen Lehrertages wird in einer Zuschrift an die „Preuß. Lehrerztg.“ gefordert, damit in entschiedener Weise Stellung in der Gehaltsfrage genommen werde. Neben der zunehmenden Teuerung des Lebensunterhaltes zwing: die Lehrerschaft auch das Verhalten des Unterrichtsministers, ihre Wünsche klar zum Ausdruck zu bringen. „Wir finden“, so heißt es in der Zuschrift, „höheren Orts selbst für unsere bescheidensten Forderungen kein Entgegenkommen. Die völlig ablehnende Haltung des Ministers gegen unsere bisherigen Vorschläge gibt uns die volle Freiheit im Ausdruck unserer weiteren Gehaltswünsche. Durch die gesamte Lehrerschaft geht das Verlangen, mit den Subalternbeamten erster Klasse gehaltlich gleichgestellt zu werden. Die klare und einmütige Forderung dieser Gleichstellung ist die einzige richtige Antwort, die wir dem Herrn Minister auf den Materlaß hin geben können und müssen.“

Der Sohn der Presse. Herr Bernhard Dernburg, der Sohn des „Berliner Tageblatt“-Redakteurs Friedrich Dernburg, hat für die Kolonialabteilung ein besonderes Preß-Dezernat eingerichtet. Wenn man sich erinnert, mit welchem Jubel die liberale Presse ohnehin den Anbruch dieser „neuen Aera“ begrüßte, die neben dem Polenjunker Podbielski auch den „schlichten Bürgersmann“ aus dem Bankkontor mit ihrer Gnadensonne bescheint, kann man sich lebhaft vorstellen, wie es werden wird, wenn erst das Dernburgsche Preßbureau in Betrieb gesetzt ist. Unsere Kolonien werden blühen, an Kaisers Geburtstag werden alle Eingeborenenhütten in Togo, Kamerun und der Südsee illuminiert sein. Zwischen Hottentotten und Deutschen wird liebevollstes Einvernehmen herrschen, und die Schwarzen werden sich zur Hälfte weiß anstreichen lassen, um nicht bloß innerlich, sondern auch äußerlich schwarz-weiß zu sein. Die Straußvögel werden jeder im Jahre tausend Eier legen und sich von jedem, der ihnen Salz auf den Schwanz streut, die Federn ausreißen lassen. Von dem Ueberschuß des Geschäfts werden dann die Kosten der Reichserhaltung bestritten. So wird es kommen, es kann garnicht lange dauern, wenn erst Herr Dernburg die Presse ganz hat, die ihm bis jetzt nur zu drei Vierteln zu Füßen liegt. Und gäbe es keine unabhängige Arbeiterpresse, so wäre der Herrlichkeit bald kein Ende!

Weiter wird mitgeteilt, daß Herr Dernburg eine längere Forschungsreise (angeblich auf 1 Jahr) nach Südwestafrika antritt, um die wirtschaftlichen Verhältnisse gründlich kennen zu lernen. Ob er auch, wie es ein Landrat schon probiert hat, mit der Wünschelrute Wasser suchen soll, wissen wir noch nicht.

Die Enteignungsvorlage gegen die Polen, die wir vor einigen Wochen bereits in ihrer verhängnisvollen Bedeutung signalisiert haben, rückt in Sicht. Die offiziös bediente „Neue Pol. Korr.“ kündigt die neue Ausgeburt des Germanisierungswesens in folgenden Auslassungen an: „Daß der Schutz des Deutschtums in den Ostmarken in dem Maße, wie sich dessen Bedrohung durch den Polonismus namentlich auf wirtschaftlichem Gebiete steigert, verstärkt werden muß, und daß dabei auch vor beträchtlichen finanziellen Opfern nicht zurückgeschreckt werden darf, unterliegt keinem Zweifel. Nicht so unzweifelhaft aber erscheint es, ob die Wege, welche bisher zur Erreichung dieses Zieles eingeschlagen worden sind, unverändert weiter verfolgt werden sollen. Der Polonismus beweist gegenüber den Schutzmaßregeln des Staates ein hohes Maß nicht bloß von Zähigkeit in der Verfolgung seiner Ziele, sondern auch von Elastizität und Wandlungsfähigkeit in der Wahl der Mittel zu deren Erreichung. Das bedingt auch auf deutscher Seite bei gleich zäher Energie in bezug auf das Ziel eine den Wandlungen der Polenpolitik sich leicht anpassende Taktik. Man muß deshalb die Viertel-Milliarden-Bewilligung sorgfältigst auf ihre Wirkungen prüfen und nach dem Ergebnis dieser Prüfung sich darüber schlüssig machen, welcher Aenderungen und Ergänzungen es bedürfen wird, um dem erstrebten Ziele näher zu kommen. Daß hier das Richtige getroffen wird, ist von ganz besonderer Wichtigkeit im Hinblick auf die Vorgänge in Russisch-Polen.“

Der auf der letzten Tagung des Ostmarkenvereins erörterte Gedanke, den polnischen Grundbesitz zu enteignen, soll also offenbar von der preußischen Regierung aufgenommen werden.

Die Einnahmen der preußischen Eisenbahnen haben im August d. J., soweit der Personenverkehr in Betracht kommt, beim Vergleich mit dem Vorjahre eine ungewöhnlich geringe Steigerung gezeigt. Allerdings machte sich schon in den vorausgegangenen Monaten ein Rückgang bemerkbar. Während im April d. J. die Einnahme aus dem Personen- und Gepäckverkehr um 11,1 v. H. und im Mai um 11,8 v. H. über der vorjährigen lag, ging der Ueberschuß im Juni auf 8,4 und im Juli auf 6,5 v. H. zurück; im August betrug die Zunahme nur 3,5 v. H. Beim Güterverkehr berechnet sich die prozentuale Steigerung im April auf 11,0, im Mai auf 10,5, im Juni auf 10,5, im Juli auf 11,0 und im August auf 9,2 v. H., war also in den letzten Monaten erheblich höher als beim Personenverkehr. Die gesamten Einnahmen haben sich im August d. J. um 7,4 v. H. erhöht gegen 9,6 im Juli und 10,0 im Juni. Immerhin hat der August mit einer Einnahme von 162,6 Millionen Mark den höchsten Betrag erzielt, den die preußische Staatseisenbahn jemals eingebracht hat.

Breitenbach als Eisenbahnminister wird sich also verpflichtet fühlen, neue steuerliche Steuern ausfindig zu machen, um die Einnahmen zu erhöhen, denn die Fahrkartensteuer dürfte doch als bedeutende Einnahmequelle nicht genügen. „Selbstverständlich“ würden die neuen Steuern wieder auf die Massen abgewälzt werden.

Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt. Die Leipziger Machthaber beabsichtigen bekanntlich die Einführung eines Berufsklassenwahlrechts. Gegen dieses reaktionäre Begimmen waren bisher von seiten der Arbeiter nur die Sozialdemokraten in Opposition getreten. Wie aus Leipzig berichtet wird, haben jetzt auch die dort bestehenden nichtsozialdemokratischen Arbeitervertretungen, nämlich die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, das Kartell der christlichen Gewerkschaften, der evangelische und der katholische Arbeiterverein, sowie der Gutenberg-Bund und der Verband deutscher Handlungsgehilfen gemeinsam Stellung genommen. Sie ersuchen das Stadtverordneten-Kollegium, das Berufsklassenwahlrecht abzulehnen, weil das Stadtverordneten-Kollegium keinesfalls den Charakter einer Interessen-Vertretung annehmen dürfe. Die Petition befürwortet die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts unter Anwendung der Verhältniswahl.

Die Logik der Tatsachen zwingt also die nichtsozialdemokratischen Arbeiter, deren Zahl übrigens nicht sehr erheblich ist, sich völlig auf den Standpunkt der Sozialdemokratie zu stellen. Beim Wahlrecht macht sich auch für sie das Massen-Interesse geltend. Nur bei freiem Wahlrecht kann die Masse zu ihrem Recht kommen.

Landtagswahl. Bei der Landtagsersatzwahl für Minden I (Minden-Lübbecke) erhielt von 472 abgegebenen Stimmen der Kandidat der deutschkonservativen Partei Verwaltungsdirektor der königlichen Museen Geheimrat Bosse-Berlin 318, der Kandidat des Bundes der Landwirte Landwirt Sultemeyer-Gahlen 115, der Wildkonservative Landwirt Mehling-Petershagen 25 und der Sozialdemokrat Maurervolier Litzingen-Minden 14 Stimmen. Bosse ist somit gewählt.

Welfen-Demonstration. 1500 Welfen hatten sich am Freitag in Hannover versammelt, um in Anwesenheit der sämtlichen Abgeordneten der welfischen Partei den 61. Geburtstag des Herzogs von Cumberland zu feiern. Es fehlte nicht an geharnischten Reden gegen Preußen, besonders gegen Bismarck und dessen „unrechte Politik“ dem Königreich Hannover gegenüber. Nach Absingung welfischer Lieder folgten Toaste auf die einzelnen Mitglieder der herzoglichen Familie von Cumberland. Schließlich wurde einstimmig beschlossen, ein Glückwunschtelegramm an den Herzog abzusenden.

Kleine politische Nachrichten.

Geheimrat Dr. Seitz, der als Nachfolger Jesko von Puttkamers nach Kamerun gehen wird, wird seinen Posten etwa im November übernehmen, nachdem er im Kolonialamt abkömmlich geworden sein wird, was zur Zeit infolge des Personenwechsels nicht der Fall ist. — Graf Hoensbroech ist aus der nationalliberalen Partei ausgeschieden, indem er seine schon vor längerer Zeit angekündigte Drohung bewahrheitet und aus dem nationalliberalen Verein in Groß-Lichterfelde ausgetreten ist. — Das Institut für internationales Recht in Gent hat einen Beschlußantrag angenommen, nach dem den Kriegführenden das Betreten und die Benutzung neutralen Gebietes zu Kriegszwecken untersagt ist. — Auf Anraten der Abgesandten, die den Vizekönig Juanschikai um Rat gefragt haben, ist ein Erlaß veröffentlicht worden, durch den der Opiumgenuß für Eingeborene und Fremde nach Ablauf von zehn Jahren gänzlich verboten wird. Der Erlaß verurteilt scharf das Laster des Opiumrauchens und weist den Staatsrat an, strenge Bestimmungen für die Durchführung des Verbotes zu treffen.

Ausland.

Die Wahlen in Dänemark. Vier Sozialdemokraten wurden am 21. d. Mts. ins Oberhaus (Landsthing) gewählt: In Kopenhagen C. Andersen und Chr. Christiansen, in Nordseeland Levinsky und in Ostjütland Harald Jensen. Die drei letztgenannten sind neugewählt. Die Regierungspartei hat sechs Mandate verloren!

* * *

Krieg zwischen der Türkei und Bulgarien. Die Meldungen aus Dedeagatsch und anderen Orten, welche besagen, daß im zweiten Korpsbereiche (Adrianopel) Redifs einberufen seien, da die Pforte wegen der bulgarischen Manöver bei Mustafa Pascha und Kirkilisse Truppenkonzentrationen beabsichtige, werden amtlich nicht bestätigt. Bisher haben nur die Redifbataillone des zweiten und dritten Korpsbereiches in Adrianopel und Saloniki, sowie drei kleinasiatische Redidivisionen Befehl erhalten, sich für eine etwaige Mobilmachung bereit zu halten.

* * *

Kolonialschlächtereien der Niederländer. Aus Bali wird amtlich berichtet, daß in Badveng zwei Häuptlinge mit ihren Frauen und Kindern gefangen worden sind. Bei dem letzten heftigen Kampfe sind etwa **400 Eingeborene getötet worden.** Auf holländischer Seite fielen vier Mann und ein Offizier. Neun Mann wurden verwundet.

* * *

Ein fetter Happen für Nordamerika. Nach den neuesten Nachrichten aus Havanna haben Kriegssekretär Taft und Untersekretär Bacon die Hoffnung aufgegeben, die Streitigkeiten zwischen der Regierung und den Aufständischen durch einen Vergleich schlichten zu können. Sie befürchten, daß die Entscheidung zugunsten einer Partei nur vorübergehend die Ruhe wiederherstellen würde, und bezeichnen die Besetzung Kubas durch die Vereinigten Staaten als das einzige Mittel, dem Bürgerkriege ein Ende zu bereiten. Es wird aber nicht in Abrede gestellt, daß der nordamerikanischen Intervention auch die nordamerikanische Herrschaft folgen müßte.

Die russische Revolution.

Ohne Heimat, ohne Ziel . . .

Der Zar hat, wie bekannt, sein Versteck verlassen und gondelt in den finnischen Schären umher. Er soll um sein Leben sehr besorgt sein und er hat allen Grund dazu. Mit welchen Schreckbildern die Phantasie der Hofkreise angefüllt ist, zeigt folgende Nachricht des Londoner „Daily Expreß“, den der Petersburger Korrespondent telegraphierte:

Ein neuer Anschlag gegen das Leben des Zaren ist entdeckt worden. Die Behörden sind im Besitz von Beweisen dafür, daß die Terroristen, die bisher den Zaren als einen Mann betrachteten, der mehr Opfer als Schuldiger sei, ihn formell zum Tode verurteilt haben. Sie warten zur Vollstreckung des Urteils nicht bloß auf seine Rückkehr nach Peterhof und Zarskoje-Sselo, sondern sie haben auch einige ihrer entschlossensten Mitglieder mit Bomben nach Finnland gesandt in der Hoffnung, daß es diesen Emissären gelingen werde, bei einem der Besuche des Zaren an der Küste an ihn heranzukommen. Den Behörden gehen täglich Warnungen zu, der Zar möge seine Kreuzfahrt auf unbestimmte Zeit verlängern.

Die Requisitionen.

Das Moskauer Komitee der Sozial-Revolutionären Partei erklärt, da sich die Fälle im Gouvernement Moskau mehren, wo Plünderungen und Raubtaten angeblich im Auftrage der Sozial-Revolutionären Partei geschehen, daß es mit den Expropriationen von Privateigentum in keiner Verbindung steht („Rowyi Parj“, 19. September). Auf Staatseigentum erstreckt sich diese Erklärung nicht.

Zarenschergen in Berlin.

Der „Towarisch“ vom 20. September meldet: Nach Berlin sind Agenten entsandt worden, mit der speziellen Aufgabe, auf die Zufuhr von Waffen aus Deutschland nach Rußland aufzupassen.

Jagd auf Revolutionäre in Schweden.

Bei einer in der Wohnung von zwei Sozialisten zu Stockholm vorgenommenen Haussuchung wurden fünf Kilogramm Dynamit aufgefunden. Man vermutet, daß es finnischen Flüchtlingen gehört, die bei ihnen wohnen. Am Abend wurden die beiden Sozialisten sowie eine größere Anzahl Finnen verhaftet, der eine Sozialist wurde später freigelassen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 24. September.

Ueber die Verteuerung der Lebenshaltung und Erhöhung der Gemeindesteuern

schreibt der „Stadtverordnete“: Bei den schlechten Verkehrsverhältnissen der früheren Jahrhunderte äußerten sich die Teuerungen gewöhnlich mit stoßweiser Heftigkeit und waren auch in ihren sichtbaren Folgen von unmittelbarster Wirkung. Diese Teuerungen unserer Zeit tragen einen wesentlich anderen Charakter, schon weil ihre Ursachen andere sind. Sie wurzeln weniger in Mißernten und Viehpesten, wie früher, sondern zumeist in der herrschenden Handelspolitik. Unsere Verkehrseinrichtungen in Gemeinschaft mit dem Telegraphen sind imstande, Mißernten und Viehseuchen so gut wie wirkungslos zu machen. Dagegen schlagen günstige oder ungünstige Handelsverträge den Konsum des Volkes entscheidend in Fesseln. Die Preisstatistik derjenigen Bedürfnisse, auf der sich die Lebenshaltung der Massen vornehmlich aufbaut, also die Statistik der Wohnungs-, Lebensmittel- und Kohlenpreise, dazu der Gemeindesteuern, gibt hierüber eine unzweideutige Auskunft. Das statistische Amt der Stadt Posen hat es unternommen, eine solche vergleichende Statistik über das letzte Jahrzehnt aufzustellen, wie sie sich nach den amtlichen Aufzeichnungen der Stadt ergeben hat. Die Untersuchung ist typisch, da Posen mit seinen etwa 140,000 Einwohnern zwar großstädtische Verhältnisse hat, jedoch wegen seiner Lage in einem ausgesprochen industriearmen Agrarbezirk frei von den Härten ist, die sich in dem industrieüberfüllten Westen oft drückend bemerkbar machen. Wenn wir die vorliegenden Zahlen durchgehen, so ist sehr auffallend, das daß Jahr 1900 einen einschneidenden Wendepunkt darstellt. Während sich die Zahlen der beiden Stichjahre 1895 und 1900 im allgemeinen stark nähern, besteht zwischen 1900 und 1905 ein jäher Gegensatz. Er findet sich bereits in den Wohnungspreisen, denn der durchschnittliche Mietspreis einer Wohnung betrug pro anno 1895 nur 350, 1900 bereits 360 und 1905 über 381 Mark. Im ganzen Jahrzehnt betrug die Steigerung [illegible] 9 Prozent. Bedeutend rücksichtsloser zogen die Lebensmittelpreise, vor allem die Fleischpreise an. Wir begegnen hier einer Verteuerung innerhalb einer kurzen Zeit, die den Volkswirt und Sozialpolitiker, vor allem aber die Stadtverwaltung in die größte Besorgnis versetzen muß. In Prozenten betrug die Verteuerung bei Schweinefleisch 19,5, Eier 47,9, Brennholz 42,9, Hammelfleisch 40,4, Rindfleisch 27,8, Kalbfleisch 26,8, Zucker 16,3, Steinkohlen 13,5, Butter 10,7. Ferner ist das Weizenmehl um 16 Prozent, das Roggenmehl und der Reis um 11,9 Prozent gestiegen. Wie eine böse Ironie mutet es an, daß einzig der Kaffee, dies bedenkliche Reiz- und Genußmittel, einen Preisrückgang um 32 Pfg. pro Kilogramm, das ist um 8,8 Prozent, zeigt. Eine zweite Ironie ist die „Entwickelung“ der Gemeinde-Einkommensteuer. Der Kommunalzuschlag zur Staatseinkommensteuer betrug 1895 132 Prozent, 1900 144 Prozent, 1905 170 Prozent. Und wie in Posen, so ist es noch in einer ganzen Reihe anderer Städte, natürlich auch bei uns in Breslau. Zu der Verteuerung der Lebenshaltung also noch eine 31-prozentige Steuerverteuerung. Das ist sehr natürlich, denn nicht allein die steuerzahlende Bevölkerung hat die Teuerung zu beklagen, sondern auch die Kommune, die in ihren Kranken-Anstalten, Armenhäusern, Waisen- und sonstigen Erziehungs-Anstalten, sowie in der offenen Armenpflege ein großer Konsument von Lebensmitteln usw. ist. In Mainz z. B. wurde allein beim städtischen Krankenhause der letztjährig vorgesehene Kredit für Lebensmittel um 14,792 Mark überschritten. Die Städte selbst können manches zu einer Verbilligung der Lebenshaltung beitragen. Es sei daran erinnert, daß einzelne Städte einen wohlfeilen Seefisch-Verkauf einrichteten, die Schlachtkosten herabsetzten und anderes mehr. In dieser Richtung eröffnet sich den Stadtverwaltungen ein dankbares Fürsorgegebiet.

Bezirkskonferenz der Tapezierer.

Im Gewerkschaftshause tagte am Sonntag eine Bezirkskonferenz der organisierten Tapezierer Schlesiens. Der Bezirk bildet einen Teil des Ostgaues. Verwaltungsstellen sind in Breslau, Görlitz und Beuthen, die durch Delegierte vertreten waren auch von Neisse, wo Einzelmitglieder vorhanden sind, war der Vertrauensmann als Vertreter anwesend. Der Bezirksleiter, Koll. Pache, der den Posten ehrenamtlich verwaltet, gab einen Tätigkeitsbericht, dem zu entnehmen ist, daß der Bezirk trotz aller Schwierigkeiten Fortschritte gemacht hat. In verschiedenen Städten sei der Versuch gemacht worden, die Kollegen zur Organisation heranzuziehen, so in Glatz, Oels usw. Nach und nach, bei energischer Arbeit, wird es gelingen, den Verband zu stärken. Kollege Pietsch, Vertrauensmann für Oberschlesien, berichtete, daß durch die Lohnbewegung, die in Beuthen, Königshütte und Kattowitz im Frühjahr d. J. stattgefunden hat, die Filiale in Beuthen, zu der die übrigen Städte Oberschlesiens gehören, die Mitgliedschaft sich stark vermehrt hat. Der Streik der oberschlesischen Tapezierer war durchaus notwendig, denn die Lohn- und Arbeitsverhältnisse waren derart miserabel, daß die Neuerung zu ertragen waren. Es mußte unter solchen Umständen, um eine Besserung zu erlangen, der Kampf gewagt werden. Er hat sieben Wochen gedauert. Es sei aber etwas erreicht worden, die Löhne sind um etwas gestiegen und die Arbeitszeit um eine halbe Stunde gekürzt worden. In Anbetracht dessen, daß in Oberschlesien das Unternehmertum von den Behörden, der bürgerlichen Presse gegen die Arbeiterschaft geschützt wird, kann das Erreichte als ein großer Erfolg angesehen werden. Auch nach einer anderen Seite habe die Bewegung vorteilhaft gewirkt. Die Kollegen sind durch den Streik erst zur Erkenntnis gekommen, was die Organisation bezweckt, daß sie die Lebenshaltung der Mitglieder heben wolle, dieses Verständnis gehe noch so manchem Arbeiter ab, hat er erst einmal im Feuer gestanden, dann weiß er um was es sich handle. Es gaben noch die übrigen Vertreter Situationsberichte, an denen sich eine längere Diskussion knüpfte, an der sich die Kollegen Friedrich, Pache, Peitsch rege beteiligten. Der nächste Punkt betraf die Haltung bei Lohnkämpfen. Pietsch verbreitet sich des längeren darüber, wobei er die bei der Lohnbewegung gesammelten Erfahrungen zum Ausgange seiner Ansichten machte. Geistige Hebung der Arbeiter, das sei die Hauptsache; Verbreitung der Arbeiterpresse, das sei vor allem notwendig, denn die bürgerliche Presse stehe fast ausschließlich auf Seite der Arbeitgeber, bei allen Lohnbewegungen in Oberschlesien kann dies bemerkt werden. Die oberschlesischen Arbeiter sind heranzuziehen, wenn sie nur richtig geleitet werden. Auch hieran schloß sich eine Debatte.

Die nächsten Gegenstände waren die Berufsstatistik und das Lehrlingswesen im Tapezierer-Gewerbe, worüber Pache und Friedrich referierten. Es wurde ausgeführt, daß das Lehrlingsunwesen im Beruf das Fortkommen der Kollegen ungeheuer schädigt und auch das Gewerbe herunterbringt. Es sei der Versuch gemacht worden, durch Eingaben an die Regierung und die Handwerkskammer Wandel zu schaffen, aber diese Hilfe habe versagt. Nur auf Selbsthilfe seien die Kollegen angewiesen, wo Mißstände bestehen, sollen sie sofort der Ortsverwaltung mitgeteilt werden, die für Veröffentlichung sorgen wird. Die Gehilfenausschüsse sollen desgleichen das ihrige dazu beitragen, daß dem Unwesen gesteuert werde. Es wurden sodann noch Verbandsangelegenheiten beraten.

* **Die nächste Stadtverordnetenversammlung** wird zunächst wohl den Gastwirten gerecht werden und das Ortsstatut betr. die Erlaubnis zum Betriebe der Gastwirtschaft wenigstens in den Ausschuß versenken. Von weiteren Vorlagen finden wir verzeichnet eine solche über die Erweiterung des — Bismarckbrunnens, dieses Schmerzenskindes unserer Promenadenverwaltung, und die bereits von uns schon erwähnte Erweiterung des Scheitniger Parks in der Richtung auf Leerbeutel zu. Ferner finden wir auf der Tagesordnung eine ganze Reihe von Ausschußgutachten über Prüfung bezw. Entlastung von Rechnungen bezw. Erledigung von Erinnerungen. Auch ein Referat über die Verstärkung des Etats des Volksschulwesens finden wir verzeichnet.

Auch die Polizei hat nicht immer recht.

Vor einigen Wochen war, wie erinnerlich, eine Versammlung der Steinsetzer der Auflösung verfallen, wo der Redner dieser Versammlung, Genosse Albert, einige statistische Tabellen zitiert hatte.

Auf die eingelegte Beschwerde war dem Einberufer der Bescheid geworden, daß diese ihre Erledigung erst dann finden könne, wenn das Schicksal einer wegen jener Versammlung gegen Albert schwebenden Voruntersuchung entschieden sein werde. Das scheint nunmehr geschehen zu sein. Denn der Einberufer, Genosse Wengler, hat nunmehr folgenden Bescheid erhalten:

Der Königliche
Polizei-Präsident.
Journ.-Nr. III. Pl.-J. I
2950. 06.

Breslau I, den 20. September 1906.

Nachdem die Akten von der Königlichen Staatsanwaltschaft an mich zurückgelangt sind, erhalten Sie im Anschluß an meinen Vorbescheid vom 14. d. Mts. -- III Pl.-J. 2959. 06. — auf Ihre Beschwerde vom 3. d. Mts. zur Nachricht, daß ich mich mit dem Verhalten des Polizeikommissars Mittmann anläßlich der Steinsetzerversammlung am 26. August d. J. nicht einverstanden erklären kann.

Der Königliche Polizei-Präsident.
J. V.
Frost.

An
den Steinsetzpolier Herrn Julius Wengler
P. D.-S. hier
Neue Adalbertstraße 123.

Daß nunmehr die ungerechtfertigten Versammlungsauflösungen nicht mehr vorkommen werden, das zu glauben sind wir nach den vielen von uns gemachten Erfahrungen nicht naiv genug. So lange ein Polizeibeamter für jede ungerechtfertigte Amtshandlung nicht pekuniär regreßpflichtig gemacht werden kann, werden alle Beschwerden der Welt nichts nützen.

* **Zu den Stadtverordnetenwahlen** hat die Freie Vereinigung durch den Deutschen Bürgerverein „Südost“ folgende Kandidaten aufgestellt: den Stadtverordneten Kaufmann Melde in der 3. Abteilung des 29. Bezirks, dessen Mandat abläuft und der das vierte Mal zur Wiederwahl steht, den Vorsitzenden, Rentier v. Rochow, in der 2. Abteilung für den 10. Bezirk und den Kaufmann Kamphausen in der 3. Klasse für den 20. Bezirk.

* **Unser Leitungswasser** besteht zurzeit aus fünf Teilen Oderwasser und zu vier Teilen aus Grundwasser.

* **Ein neuer Staatsanwalt.** Staatsanwaltschaftsrat Krause in Hannover ist an die Oberstaatsanwaltschaft Breslau versetzt worden.

* **Stadt-Theater.** Montag geht Heinrich Laubes Trauerspiel „Graf Essex“ in Szene. Dienstag folgt Richard Wagners romantische Oper „Lohengrin“ mit Herrn Günther-Braun als Lohengrin. Mittwoch gelangt zum ersten Male in dieser Spielzeit Mozarts Oper „Die Entführung aus dem Serail“ zur Darstellung, worin Frl. Rollan als Konstanze zum ersten Male in dieser Spielzeit auftreten wird, den Belmonte singt Herr Siewert, den Osmin Herr Schauer. Am Donnerstag wird Aubers beliebte Oper „Fra Diavolo“, Freitag Richard Wagners romantische Oper „Tannhäuser“ wiederholt. Für Sonnabend wird Hebbels Trauerspiel „Maria Magdalene“ vorbereitet.

* **Lobe-Theater.** Heute Montag geht Johann Strauß' Operette „Der Zigeunerbaron“ mit Herrn Horsten als Barinkay, Fräulein Förster als Saffi, Herrn Plank als Zsupan in Szene. — Am Dienstag und Freitag finden Wiederholungen von „Sherlock Holmes“ statt. Am Mittwoch wird die Operette „Frühlingsluft“, Donnerstag „Der Zigeunerbaron“ aufgeführt. Sonnabend wird Offenbachs hier seit vielen Jahren nicht mehr aufgeführte Operette „Orpheus in der Unterwelt“ in den Spielplan aufgenommen.

* **Humboldt-Verein. Volksvorstellung.** Mittwoch, den 26. d. Mts., wird als Volksvorstellung für den Humboldt-Verein Moser's Lustspiel „Der Veilchenfresser“ aufgeführt. — Die Ausgabe der vorbestellten Billets erfolgt Dienstag von 10 bis 1 Uhr bei Herrn Eugen H. Bernhardt, Sadowastr. 60.

* **Einen schrecklichen Tod** hat gestern früh gegen 5 Uhr der Dragoner Hillert von der 4. Schwadron des Oelser Dragoner-Regiments hier in Breslau gesucht und gefunden. An der zweiten Ueberführung der Berliner Bahnstrecke in der Nähe von Mochbern warf sich Hillert vor einen heranbrausenden Zug so, daß er von den Rädern der Lokomotive quer durchschnitten wurde. Hillert war auf der Stelle tot.

* **Eine Gasexplosion** von großer Heftigkeit ereignete sich Sonnabend Nachmittags gegen 4 Uhr, in den Räumen des Einwohner-Meldeamtes, welches sich im zweiten Stock des Grundstückes Schuhbrücke 48 befindet. Durch Monteure war im Laufe der Woche an den Gasleitungen gearbeitet worden, wobei anscheinend ein Verschlußstück nicht angesetzt worden ist, denn es machte sich ein Gasgeruch bemerkbar, welcher immer intensiver wurde. Heute Nachmittag leuchteten einige Beamte die Lampen ab, um festzustellen, ob etwa ein Hahn offen sei. In diesem Augenblick erfolgte eine Explosion, die in wenigen Sekunden gewaltigen Schaden anrichtete. Zwei große Fensterflügel wurden herausgerissen und ihre Trümmer bis weit auf den Platz am Nepomuk-Denkmal hinter der Gymnasialkirche, ja, bis auf das Dach der letzteren geschleudert. Der Hauptdruck der entzündeten Gase hatte sich gegen die Fenster in der Schuhbrücke gerichtet, die wie erwähnt, zerrissen wurden, aber auch nach der Hofseite machte sich die Gewalt des Luftdruckes sehr stark bemerkbar. Eine starke, nach dem Flur führende Treppe wurde in kleine Stücke gerissen. Durch die Flammen wurden verschiedene Regale und die Tapeten erfaßt, jedoch war es möglich, schnell einer Brandgefahr vorzubeugen. Ein Glück ist es, daß trotz der Heftigkeit der Explosion sich nur ein leichter Unfall ereignet hat, indem ein Beamter eine Verletzung der rechten Hand erlitt. Die Feuerwehr traf sofort an der Unglücksstelle ein.

* **Ein Trauring,** gezeichnet K. W. 22. VII. 05, ist am gestrigen Sonntag im Gewerkschaftshause gefunden worden.

* **Teufel Alkohol.** Am 21. d. Mts., Nachmittags, wurde in einer Destillation auf der Matthiasstraße ein Arbeiter durch einen anderen mit einer Schnapsflasche ins Gesicht geschlagen und schwer verwundet. Dem Verletzten wurde durch Feuerwehrleute Hilfe geleistet.

* **Verlorene Wertpapiere.** Am Sonnabend Nachmittag verlor eine zugereiste Frau ein kleines Paket, welches zwei Pfandbriefe enthielt, und zwar ein Stück Schles. Boden-Kredit-Bank-Pfandbrief 4% Ser. II Litt. D Nr. 569 zu 300 Mk. und ein Stück Deutsche 3% Reichsanleihe von 1891/92 Litt. E Nr. 186 296 zu 300 Mk. Die Papiere sind im Zimmer 61, [illegible]

Lobe-Theater.

Sherlock Holmes.

Detektiv-Komödie in vier Aufzügen. Frei nach Motiven aus Conan Doyles Romanserie von Ferdinand Bonn.

„Euch ist bekannt, was wir bedürfen,
Wir wollen stark' Getränke schlürfen:
Nun braut mir unverzüglich d'ran!“
(Goethes „Faust“ — Vorspiel.)

Lieber „Arizona-Kicker“, Du bist überholt! Deine Revolver-Romantik sahen wir bisher als eine wildwestlich-ethische Geistesströmung an, welche die Köpfe der Cowboys revolutioniert und ihrer alltäglichen Praxis entspricht. Auch euch, ihr schauerlich-schönen Hintertreppen-Romane, bleibt nun nichts weiter übrig, als euch bescheidentlich in dunkelste Ecken zu verkriechen. Denn eure Helden mit ihren Entführungen und Errettungen „im letzten Augenblick“, eure teuflischen Verbrecher, endlich gesühnte Morde, hochherzige Retter — alles jetzt nur noch elendigliche Stümperei, nachdem wir gestern im Lobe-Theater die moderne „göttliche Komödie“, „Sherlock Holmes“, gesehen haben und uns etliche hundert Gänsehäute angruseln ließen.

Herr Ferdinand Bonn, der Bearbeiter, ist ein Genie. Er dichtet, geigt, malt, reitet, ist Direktor „seines“ Berliner Theaters und ein großer Schauspieler vor dem Herrn. Und diesen Sherlock Holmes hat er sich auf den Leib geschrieben. Sherlock Holmes ist aber ein noch viel größeres Genie. Sherlock Holmes kann alles. Er tritt durch den Kamin in die Zimmer ein, ist Pistolenschütze, Akrobat, Verwandlungskünstler, Chemiker, Apotheker, Psychologe, „Parzifal“-Kenner und streitet sich mit Bülow um den Ruhm, den Büchmann auswendig zu kennen. Er ist ferner hübsch, arm, kugelsicher, gepanzert, edelmütig, und ein brausendes Gerechtigkeitsgefühl durchtost seine Seele, die außerdem mit der Liebe zu einer holden Lady mit 12 Millionen Pfund bis an den Rand gefüllt ist. Sherlock Holmes sieht Dir an Deinem Embonpoint an, wo Du vor zehn Jahren zur Table d'hote gegessen hast; wenn er Deine Stiefel betrachtet, so sagt er Dir, wo das Rind weidete, von dessen Haut das Leder stammt; zeigst Du ihm Deine Uhr oder Deinen Ring, so schnurrt er die Geschichte Deiner Familie seit Olims Zeiten her und nennt Dir die Vornamen sämtlicher Schwiegermütter Deines Geschlechts bis auf Eva zurück. Sherlock Holmes ist der neue Messias: er verkörpert ein Dutzend Varietee-Programms in seiner Person. Aber auch sein Gegner und Todfeind, Dr. Mors, ist ein Genie und dazu schurkischer Teufel. Er ist der Häuptling einer internationalen Verbrecherbande, ebenfalls vorzüglicher Kaminkehrer und Verwandlungskünstler. Und ihn will nun Sherlock Holmes entlarven, — aus reiner Liebe zu seinen bedrohten Mitmenschen. Und von dieser Liebe lebt er, denn Geld hat er nicht. Ach — und was gab es nun da alles für spannende Situationen! Sechsundachtzig Mal glaubt man schon, daß unser junger Gott tot ist oder sein letztes Stündlein baldigst geschlagen hat. Dreimal wird er erschossen, man hört ihn in den Kanal fallen, wobei er entsetzlich brüllt, oder er steht einer zehnfachen Uebermacht gegenüber. Aber Sherlock Holmes zündet sich mit kalter Ruhe eine Zigarre an und zitiert Bismarck. Er weiß ja, daß der gute Herr Ferdinand Bonn für seine Rettung gesorgt hat, daß er gleich dem Mädchen aus der Fremde wieder auftaucht und so wie so am Ende des vierten Aktes noch leben muß. Man nimmt also den jeweiligen Tod nicht allzu tragisch. Und am Ende des vierten Aktes reicht der Göttersohn der lieblichen Lady die Hand, er bekommt die zwölf Millionen und Dr. Mors die Handfesseln. Heißt ein Geschäft!

Und wie ist das alles bis zu diesem gottgefälligen Ende so spannend, wenn einem so etliche kalte Hände in jedem Akte über den Rücken fahren! Das ausverkaufte Haus lauschte atemlos und mäuschenstill. Am Schlusse eines jeden Aktes brauste tosender Beifall, und in den Pausen sah man in den Gängen überall anmutige Familiengruppen, die über die tiefen Probleme des Stückes eifrig diskutierten. Man war beinahe versucht zu glauben, daß man einer Steher-Konkurrenz in Scheitnig-Grüneiche beiwohne und das Publikum just den entscheidenden Moment erwartet. Freilich, es ist am letzten Ende ja der nämliche Nervenkitzel, der hier wie dort in Frage kommt. Mit anmutsvoller oder gar problemstellender Kunst, sei sie noch so harmlos-anspruchslos, hat beides gleich wenig zu tun. Ebenso wenig, als sich Herr Loewe in der nächsten Zeit über leere Häuser beklagen wird. Wenn ihm auch kaum das Glück so lächeln wird, wie seinem Kollegen Bonn, den der deutsche Kronprinz besuchte und ihm das Haus mit stämmigen Gardisten füllte, damit sie von „Sherlock Holmes“ Findigkeit lernen.

Die Darstellung und Regie ließ wenig zu wünschen übrig; besonders in der Verbrecherhöhle des dritten Aktes, in der allerunmöglichsten Situation, klappte alles vorzüglich. Herr Bernau tat, was er konnte, uns einen einigermaßen glaubhaften Sherlock Holmes zu zeigen und versuchte, die sonstige Wehleidigkeit seines Wesens abzustreifen. Er sprang, kroch, schoß und verwandelte sich, daß es eine Freude war. Besser noch gelang Herrn Müller der abgefeimte Schurke Dr. Mors; Tücke und Teufelei blitzten ihm aus den Augen. Auch Frau Maeder-Stegemann und Herr Wallauer (in vorzüglicher Maske) taten sich in kleineren Rollen hervor und die Lady des Fräulein Bussilkas hatte eine gewisse weinerliche Anmut. Die Verbrecherbande zeigte sich recht zunfterfahren und wohldiszipliniert. Wir müssen freilich gestehen, daß die Beurteilung der einzelnen künstlerischen Leistungen in solch einem Schmarren sehr unter dem Gefühl eines bitteren, halb resignierenden Mitleids zu leiden hat, daß derlei über eine moderne großstädtische Bühne gehen und hellodernde Begeisterung entfachen kann. gb.

Neueste Nachrichten.

Mannheim.

Wir erhalten folgendes Telegramm: Die Eröffnung und Begrüßung des Parteitages fand gestern Abend vor 8000 bis 9000 Personen statt. Tausende konnten keinen Einlaß finden. Es sind ca. 300 Delegierte anwesend. Die einleitenden Veranstaltungen trugen künstlerischen Charakter. Bebel hielt eine großzügige Rede, die endlosen Jubel auslöste. Die Genossen **Singer und Dreesbach** wurden als Vorsitzende, Genosse **Schütz**-Breslau u. a. als Schriftführer gewählt. Als Gäste nehmen teil: Huysmann-Niederlande, Anseele-Belgien, Balbanoff und Rotter aus Rußland, Askew aus England, Hueber, Popp und Nemec aus Oesterreich, Rappaport aus Frankreich und viele andere sind anwesend. Stimmungsbilder folgen.

Die russische Revolution.

Lieber hungern!

In der Gefangenenanstalt zu Mokotow verweigerten 200 politische Verbrecher die Annahme von Nahrung und forderten Abänderung des Reglements betreffend den Verkehr mit Bekannten sowie bessere Ernährung und Behandlung.

Lebenslänglich!

Aus Lodz wurde eine ganze Kompagnie des Jekaterinburger Regiments nach Warschau gebracht und durch das Kriminalgericht zu lebenslänglicher Zwangsarbeit wegen Meuterei verurteilt.

Bomben!

Berliner Blätter melden aus Sosnowice vom 23. September: Eine Kosakenabteilung von 200 Mann unter Führung von Grenzoffizieren umzingelte heute Nachmittag in der Siedlcer Vorstadt ein Arbeiterhaus, um eine Bombenfabrik aufzuheben. Die Hausbewohner schossen aus dem Hause auf das herankommende Militär, das die Schüsse erwiderte. 6 Arbeiter wurden getötet und 4 verwundet. Drei Bomben [illegible]

Aus den Gerichtssälen.

Fettes Fleisch im Futternapfe.

Vor dem Kriegsgericht in Neisse hatte sich der Kanonier Paul Schmiega vom 21. Feldartillerie-Regiment wegen Bedrohung, Beharrens im Ungehorsam und Achtungsverletzung vor versammelter Mannschaft zu verantworten. Schmiega ist von Beruf Fleischer. Am 2. August bekam er beim Holen des Mittagessens von dem Kanonier Hanslik ein zu fettes Stück Rindfleisch, worüber er wütend wurde, weil er glaubte, das geschehe zum Trotz alle Mittage und man suche für ihn immer ein fettes Stück heraus. Schmiega schimpfte deutsch und polnisch, drohte dem Hanslik: Dummes A..., ich schlage Dir die Knochen entzwei, und warf ihm das Fleisch auf den Rücken. Der Küchenunteroffizier, Sergeant Eisner, befahl dem Schmiega, ruhig zu sein und sich zu entfernen, welchem Befehl er aber, obwohl er wiederholt gegeben wurde, nicht Folge leistete. Als der Sergeant fragte, ob Schmiega den Befehl verstanden habe, erwiderte dieser, ohne militärische Haltung anzunehmen: „Jawohl" und ging unter Schimpfen und Fluchen ab. Er wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Hoffentlich frißt er nun in Zukunft willig was man ihm hinschiebt.

Eine entsetzliche Bluttat,

die vor einiger Zeit in Zedlitz von mährischen Arbeitern veranlaßt wurde, beschäftigte nunmehr die Strafkammer in Schweidnitz. Auf genanntem Gute herrschten seit einiger Zeit zwischen den mährischen Arbeitern erbitterte Zwistigkeiten. Am 15. Juli drangen mehrere von ihnen in das Dienstgehöft des Arbeiters Hoppe ein. Einer der Mähren, der Schlosser Krieg aus Königsfeld, drang mit blankem Messer auf Hoppe ein und verletzte ihn durch Stiche. Hoppe griff zu einer Sense und wehrte sich mit dieser gegen die Angreifer. Der Hauptattentäter Krieg wurde zwar nicht verletzt, aber sein Begleiter erhielt einen furchtbaren Hieb mit der Sense. Die Klinge durchbohrte ihm den Leib. Stark blutend wankte er nach dem Hofe, wo er tot zusammenbrach. Krieg war seinem schwer verletzten Kampfgenossen gefolgt und als er dessen Tod gewahrte, durchwühlte er ihm die Taschen und stahl ihm das Portemonnaie. Krieg wurde verhaftet und nun wegen Körperverletzung und Diebstahl zu einem Jahr und zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen Hoppe, der in Notwehr gehandelt hat, ist kein Strafverfahren eingeleitet.

Eine Mutter, die ihr Kind zu Tode geprügelt hat,

hatte sich vor der Strafkammer in Braunsberg zu verantworten. Die Instmannsfrau Schoenfeld aus Grünwalde brachte in ihrer im vorigen Jahre geschlossenen Ehe einen vierjährigen unehelichen Sohn mit. Die jähzornige, zänkische Frau behandelte ihr Kind mit unmenschlicher Härte und schlug es oft ohne jede Ursache. Sie bediente sich dabei mit Vorliebe eines starken, dreifach zusammengelegten Strickes und fußlanger, als Brennholz dienender Aeste. Auch hatte sie das Kind, obwohl es sehr artig war, hungern lassen. Selbst ihr Ehemann machte ihr deshalb ernste Vorstellungen. Anderen Personen, die dasselbe taten, erwiderte die Megäre: „Es viele Kinder stürben, war Dinge nicht!" Infolge der oben Mißhandlungen erhielt der Knabe Verletzungen am ganzen Körper, sehr viele Narben und gröbere Streifen im Gesicht und schwarz verfärbte Augenlider. Er wurde Anfang Februar d. J. schwer krank und mußte zu Bett liegen. Die Mutter tat nichts gegen die Krankheit, mißhandelte das Kind vielmehr weiter, obwohl sie es vor Schmerzen stöhnen und wimmern hörte. Als der Knabe am 15. Februar, entgegen dem Verbot, aus der Wassertonne getrunken hatte, prügelte sie ihn in ihrer Wut wiederum. Dabei hörten die Nachbarn Geschrei und das Aufstoßen eines Körpers gegen die Tür. Am 16. Februar mußte sich der Knabe beim Herumgehen im Zimmer unter Stöhnen am Tisch und an Stühlen festhalten. Er fiel dann von einem Tritt und blieb in gekrümmter Lage liegen. Eine halbe Stunde nach dem Unfall starb das Kind. Als Ursache seines Todes sind die Beschädigungen, die es sich beim Hinfallen zugezogen, in Verbindung mit den Körperverletzungen der Mutter anzusehen. Der Gerichtshof verurteilte sie zu drei Jahren Gefängnis.

Um einen besseren Mord??

Mehr als nach Laienbegriffen nötig, pflegen die Kriegsgerichte vom Ausschluß der Oeffentlichkeit Gebrauch zu machen. Zur Begründung des Ausschlusses wird oft „Gefährdung militär-dienstlicher Interessen" ins Feld geführt. Ein Nichts und Alles kann dadurch in geheimnisvolles Dunkel gehüllt werden. Ein solcher Beschluß ist nicht anfechtbar. Recht nett kritisierte vor dem Kriegsgericht der 4. Division Nr. 40 (Chemnitz) ein Verteidiger den Ausschluß der Oeffentlichkeit. Er sagte, wenn die Oeffentlichkeit ausgeschlossen wird, könne sich beim Publikum leicht die Meinung bilden, es handle sich um einen besseren Mord. Die Oeffentlichkeit wurde aber trotzdem ausgeschlossen, und zwar ganz hermetisch, auch während der Urteilsbegründung mußten die Vertreter der Presse den Sitzungssaal verlassen — andere Zuhörer waren nicht anwesend. Und der Grund: Gefährdung militärdienstlicher Interessen. Das Delikt lautete auf Ungehorsam gegen einen Befehl in Dienstsachen, schuldhafte Versäumnis in der Beaufsichtigung eines Untergebenen und Unterlassung der Meldung einer strafbaren Handlung eines Untergebenen. Angeklagt waren ein Unteroffizier und ein Sergeant aus Riesa, die mit zwei Wochen, bezw. einer Woche Mittelarrest in Strafe genommen wurden. — Wegen eines besseren Mordes?!

Festsetzungen der städtischen Markt-Notierungs-Kommission Breslau, 22. September.

Pro 100 Kilogramm

	gute		mittlere		geringere Sort.	
	höchst	niedr.	höchst	niedr.	höchst	niedr.
Weizen, weißer	17.60	17.20	17.10	16.80	16.70	15.50
Weizen, gelber	17.50	17.10	17.00	16.70	16.60	15.40
Roggen	15.20	14.60	14.50	14.30	14.20	14.00
Braugerste	16.50	16.10	16.00	15.50	—.—	—.—
Gerste	13.50	13.10	13.00	12.60	12.50	12.00
Hafer, alter	17.80	17.30	17.20	16.80	16.70	16.30
Hafer, neuer	14.90	14.50	14.40	14.20	14.10	13.70
Viktoria-Erbsen	20.00	19.00	18.00	17.00	16.00	15.00
Erbsen	18.00	17.50	16.30	15.30	14.50	14.00

Heu pro 50 Kilogramm 2.10—2.40 Mk.
Stroh, pro Schock 24.00—26.40 Mk.
Winterraps 27.50—26.00—24.00 Mk.

Vereins-Kalender.

Breslau.

Gewerkschaftshaus.

Montag den 24. September:

Schneider-Verband. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Zimmer 2.

Arbeiter-Sänger-Bund. Abends 8 Uhr: Ausschuß-Sitzung im Zimmer 5.

Dienstag, den 25. September:

Schirmmacher und Schirmnäherinnen. Abends 8 Uhr: Außerordentliche Mitglieder-Versammlung im Zimmer 2.

Mittwoch, den 26. September:

Steinarbeiter-Verband. Abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Zimmer Nr. 3/4.

Sonntag, den 30. September:

Steinarbeiter-Verband. Vorm. von 10—12 Uhr. Kassentag. Zimmer Nr. 7.

Mittwoch, den 3. Oktober:

Allgemeine Buchdrucker-Versammlung. Abends 8 Uhr, im großen Saale.

Donnerstag, den 4. Oktober:

Maler. Mitglieder-Versammlung. Zimmer 2.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt 3 (Gräbschener Vorstadt).

Dienstag, den 25. September, Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Bezirke 3, 4 und 5. Zahlreiches Erscheinen dringend erwünscht.

Distrikt 4 (Nikolaivorstadt).

Bezirke 2, 3 und 4 (umfassend Berliner- und Mariannenstraße). Mittwoch, den 26. September: Zusammenkunft im bekannten Lokal. Besprechung resp. Vorbereitung zu den Stadtverordnetenwahlen.

Bezirk 7 (Berliner Chaussee). Donnerstag, den 27. September, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder.

Distrikt 8 (Odertor).

Freitag, den 28. September, Abends 8 Uhr, Bezirksführer-Zusammenkunft im bekannten Lokal.

Distrikt 9 (Odertor).

Mittwoch, den 26. September, Abends 8 Uhr, Außerordentliche Mitglieder-Zusammenkunft im Distriktslokal, Weißenburgerstraße. Da sehr wichtige Sachen vorliegen, werden die Genossen ersucht, etwas zahlreicher zu erscheinen.

Sonnabend, den 29. September, Abends 8½ Uhr. Abrechnung der Bezirksführer im bekannten Lokal. Die Bezirksführer werden ersucht, ihre Mitgliedsbücher mitzubringen und alle haben zu erscheinen.

Distrikt 11 (Sandtor).

Bezirk 1 (Matthiasstraße 9—89, Herzogstraße, Vorder- und Hinterbleiche). Donnerstag, den 27. September, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft in dem durch den Bezirksführer bekannt gegebenen Lokale.

Distrikt 17 (Schweidnitzer Tor).

Bezirke 3 und 4. Dienstag, den 25. September, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im bekannten Lokal.

Schweidnitz. **Wahlverein.** Mittwoch, den 26. September, Abends 8¼ Uhr: Mitglieder-Versammlung im Zeltgarten. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Meysel.

Liegnitz. **Gewerkschafts-Kartell.** Donnerstag, den 27. September, Abends ½9 Uhr: Sitzung.

Freiburg. **Deutscher Textilarbeiter-Verband.** Donnerstag, den 27. September, Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung in der „Germania". Tagesordnung: Vortrag des Gauleiters Otto Fritsch, über den Wert der gewerkschaftlichen Organisation im Klassenkampf. Gäste willkommen.

Freiburg. **Große öffentliche Volksversammlung.** Sonntag, den 30. September, Nachmittags 3 Uhr in der „Germania": Referent Otto Rühle-Leipzig. Thema: „Die Aufklärung der Kinder über geschlechtliche Dinge. Da dieser Vortrag besonders für Frauen recht lehrreich sein dürfte, ist ein recht zahlreicher Besuch erwünscht.

Häslicht. **Wahlverein.** Sonntag, den 30. d. M., Nachmittags 3 Uhr: Zahltag bei R. Jakob. Mitglieder werden dabei aufgenommen.

Verantwortlicher Redakteur: **Theodor Müller.** — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von **Oskar Schütz.** — Druck von **Th. Schatzky** G. m. b. H. — sämtlich in **Breslau.**
Hierzu 1 Beilage.

Am 22. d. Mts. verstarb nach längerem schwerem Leiden unser innigstgeliebter Gatte und Vater, der **Steinmetz**

Erdmann Schütze

im Alter von 37 Jahren.

Die tieftrauernde Witwe nebst Tochter.

Beerdigung: Dienstag, nachmittags 4 Uhr, von Bohrauerstrasse 45 nach dem Maria-Magdalenen-Friedhof. 4182

Am 22. d. Mts. verschied nach 10monatlichem Krankenlager unser werter Kollege, der **Steinmetz**

Erdmann Schütze

im 38. Lebensjahre an der Berufskrankheit.
Ehre seinem Andenken. 4186

Die organisierten Steinarbeiter Breslaus.

Beerdigung: Dienstag, den 25. d. M., nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Bohrauerstrasse 45b.

Am 22. d. Mts. starb an der Proletarierkrankheit unser Genosse, der Steinmetz 4184

Erdmann Schütze.

Ein dauerndes Andenken werden ihm bewahren
Die Genossen im 16. Distrikt.
I. A.: Der Distriktsführer.

Am 22. d. Mts. verschied unser Mitglied, der

Steinmetz Erdmann Schütze

im Alter von 37 Jahren. 4183

Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren
Der Sozialdemokratische Verein für Breslau und Umgegend.

5 Pfg.-Sumatra-Zigarren
prachtvolle Qualitäten, vorzüglich in Brand u. Geschmack
100 2 Mk., 2,50 Mk., 3 Mk. bis 5 Mk.
empfiehlt gegen Nachnahme 2129
Zigarren-Fabrik E. Lampke.
Fabrik, Versand und Hauptgeschäft:
Breslau, Ringplatz 11, am Odertorbahnhof.
Filialen: Matthiasstraße 16, Ecke Schweidnitzerstraße, Sternstraße 35, Friedrich-Wilhelmstraße 15, Klosterstraße 77.

Stadt-Theater.
Montag: „Graf Essex".
Dienstag: „Lohengrin."
Mittwoch: „Die Entführung aus dem Serail".

Lobe-Theater.
Montag: „Der Zigeunerbaron".
Dienstag: „Sherlock Holmes".
Mittwoch „Frühlingsluft."

Thalia-Theater.
Mittwoch: Humboldt-Verein. Volks-Vorstellung. „Der Veilchenfresser".

Liebich's Etabl.
Telephon 1646.
Das phänomenale September-Programm.
Anfang 7½ Uhr.

Victoria-Theater
(Simmenauer Garten).
12 Attraktionen.
Bons an Wochentagen gültig.
Anfang 7½ Uhr.

SCALA
Nikolaistrasse 27.
Letzte Woche!
Die brillanten Spezialitäten.

Feuerversicherung
sowie Lebensversicherung auch für Kinder, vermittelt 1744
Ernst Zahn,
Ritterplatz 5, III.

Lehmdamm 38
sind billige Wohnungen zu 8, 15 und 16 Mk. monatl. zu vermieten. 681

Alte und neue Möbel!
Spezialität: ganze Kücheneinrichtungen zum Preise von 28 Mk. an zu verkaufen.
3717 **Tischlerei, Ursulinerstr. 14.**

Heringe! 4 Stück 10 Pfg. Mandel 35 Pfg.
empfehlen
Kaiser & Kainer
Friedrich-Wilhelmstraße 50
Gräbschenerstraße 12 [3946
Vorwerkstr. 75, Mauritiusstraße 14.

Beste Speisekartoffeln,
5 Liter 20 Pf. 3991
Neumarkt 22, Hof rechts.

Damen-Filzhüte
billigst **direkt** Filzhut-in d. Fabrik
Neue Graupenstraße 11, Hof,
Freund & Krebs.
Filzhüte werden modernisiert.

Feinste Tafelbutter
das Pfund 1,30 Mk. [4185
Paul Pfennig
Nr. 52 Altbüßerstraße Nr. 52.

Filz-Hüte
für
Damen
und 4171
Kinder
Detail-Verkauf
direkt in der
Hut-Fabrik
A. Blachmann
16|17 Reuschestr. 16|17
Eingang
Neue Weltgasse.
Reparaturen
innerhalb 3 Tagen.

Kufeke's Kindermehl
hervorragend bewährt bei Darmkatarrh, Diarrhoe, Brechdurchfall etc.

Hausfrauen!
Zum Polieren und Reinigen der Möbel und Pianos aller Holzarten gebrauchen Sie am besten 3864
Mühlenberg's Möbel-Reinigungs-Politur.
Leicht zu handhaben für jedermann! — Zu haben in allen Drogengeschäften und Möbelhandlungen Schlesiens und Posens. Man achte genau auf den Namen Mühlenberg und weise Nachahmungen zurück.
Alleiniger Fabrikant **Cl. Mühlenberg, Breslau II.**

Soeben erschienen:
Die Mutterschaftsversicherung
Ein Beitrag zur Frage der Fürsorge für Schwangere und Wöchnerinnen
von **Lilly Braun.**
Preis 20 Pf. Preis 20 Pf.
Zu haben in der Expedition der Volkswacht.

Soeben neu erschienen:
Sozialdemokratie und Antisemitismus
von **August Bebel.**
Rede auf dem sozialdem. Parteitag in Berlin.
Preis 30 Pfg.
Zu haben in der Expedition der „Volkswacht".

Ein katholischer Pfarrer als Sozialdemokrat.
Aus dem Holländischen des
Dr. J. van den Brink, römisch-katholischer Priester zu Erede in Holland.
Preis 10 Pfennige. Preis 10 Pfennige.
Zu haben in der Expedition der „Volkswacht".

Beilage zu Nr. 223 der „Volkswacht“.

Dienstag, den 24. September 1906.

4. Konferenz der sozialistischen Frauen Deutschlands.

Mannheim, 22. September.

Dem Parteitag geht auch diesmal eine Frauenkonferenz voran. In einer gestern, Freitag, Abend stattgehabten Vorbesprechung wurden bereits die Formalitäten der Konstituierung der Konferenz sowie die Festsetzung der Tagesordnung erledigt. Als Vorsitzende werden Frau Zetkin-Stuttgart und Frau Zietz-Hamburg gewählt, als Beisitzer Frau Hofmann-Mannheim und Frau Deuper-Essen, als Schriftführerin Frau Nowagrotzki-Königsberg und Frau Wehmann-Leipzig. Außerdem wurde eine Mandatsprüfungs-Kommission gewählt. Die vorgeschlagene Tagesordnung und Geschäftsordnung wurde genehmigt. Die Tagesordnung lautet:

1. Bericht der Zentralvertrauensperson, a) Agitation, b) Presse.
2. **Frauenstimmrecht.** (Berichterstatterin: Genossin Zetkin.)
3. Agitation unter den **Landarbeiterinnen.** (Berichterstatterin: Genossin Zietz.)
4. Die **Dienstbotenbewegung.** (Berichterstatterin: Genossin Grünberg.)
5. **Fürsorge für Schwangere und Wöchnerinnen.** (Berichterstatterin: Genossin Duncker.)
6. Verschiedenes.

Beschlossen wurde außerdem, der Genossin Baader als Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands eine Bureau-Hilfskraft zu stellen; die aber eben nur als Hilfskraft fungieren soll. Ueber die Person dies[er] Hilfskraft haben die Berliner Genossinnen zu entscheiden. Schließlich wurde beschlossen, der Genossin Baader einen vierwöchentlichen Ferienurlaub zu gewähren.

* * *

Die Konferenz selbst wurde heute Sonnabend, Vormittags 9½ Uhr, von der Genossin Baader eröffnet. Die Konferenz ist zahlreicher denn je besucht. Etwa sechzig Delegierte und viele Gäste haben sich eingefunden. Aus Holland sind zwei Genossinnen delegiert, aus Rußland kam Madame Balabanoff, aus Oesterreich Frau Adelheid Popp. Vom Parteivorstand ist Molkenbuhr, vom badischen Landesvorstand Eichhorn delegiert.

Genossin Baader heißt die Delegierten und Gäste herzlich willkommen; dann begrüßt Molkenbuhr namens des Berliner Parteivorstandes die Konferenz. Er spricht seine Freude über die Entwickelung der sozialdemokratischen Frauenbewegung aus. Die sozialdemokratischen Frauen seien mündig geworden.

Frau Hoffmann-Mannheim begrüßt die Konferenz namens der weiblichen Mitglieder der Mannheimer Partei-Organisation.

Nach einer kurzen Begrüßung des Genossen Eichhorn namens des badischen Landesvorstandes nimmt Madame Balabanoff, von Beifall begrüßt, das Wort, um der Konferenz die Grüße der sozialdemokratischen Partei Rußlands und der italienischen proletarischen Frauenbewegung zu übermitteln.

Es halten noch Begrüßungsansprachen Frau Popp-Wien, namens der österreichischen Frauenorganisaton, Wibaut-Amsterdam namens der holländischen Frauenklubs. Während erstere mit Bedauern konstatiert, daß man in Oesterreich nach Lage der Dinge die Frage des Frauenstimmrechts habe zurückstellen müssen, bedauert die letztere, daß die Frage des Frauenstimmrechts nicht überall ernstlich in Angriff genommen worden ist, und hält es für notwendig, diese Frage auf dem nächsten internationalen Kongreß zur Beschlußfassung zu bringen. (Beifall.)

Genossin Zetkin dankt allen Genossen und Genossinnen, die die Konferenz begrüßt haben, namentlich der Vertreterin Rußlands. Sie ruft dem russischen Proletariat ein Glückauf für die Kämpfe zu: „Euer Kampf ist unser Kampf, Euer Sieg ist unser Sieg!“ (Stürmischer Beifall.)

Hierauf tritt die Konferenz in die Tagesordnung ein. Den

Bericht der Vertrauensperson

erstattet Genossin Baader-Berlin: Aus dem gedruckten Bericht haben Sie ersehen, wie große Fortschritte die Frauenbewegung in den letzten beiden Jahren gemacht hat. Wir haben die Beschlüsse der letzten Bremer Frauenkonferenz durchzuführen gesucht. In der Hauptsache sind wir, glaube ich, unserer Aufgabe, den Kampf zu führen gegen Ausbeutung und Unterdrückung und die Frauen trotz der verschiedenen rückständigen Vereinsgesetze Deutschlands zu organisieren, gerecht geworden. Alle die Fragen, welche die Gesamtpartei, ja, die ganze leidende Menschheit, bewegt haben, haben auch wir in den Kreis unserer Aufklärungsarbeit gezogen. Während des vergangenen Jahres haben wir schwere Kämpfe als Arbeiterklasse durchzumachen gehabt. Gleich zu Beginn des Jahres 1905, als die kolossalen Kämpfe im Ruhrrevier ausbrachen, haben die Frauen des Ruhrreviers tapfer zu ihren Männern gehalten und durch ihre Haltung viel dazu beigetragen, daß die Männer standhielten. Das war die Frucht unserer Agitation, die wir jahrelang unter den Frauen des Ruhrreviers getrieben haben. Auch bei all den anderen großen Arbeiterkämpfen der letzten beiden Jahre sind die Frauen niemals mehr den Männern in den Rücken gefallen. — Der Fortschritt, der unmittelbar nach der Bremer Konferenz eintrat, läßt sich zahlenmäßig nachweisen durch die große Steigerung in der Zahl der gewählten Vertrauenspersonen und der Orte, in denen wir eine geordnete, regelmäßige Agitation betreiben. Auch die Genossen fühlten sich mehr und mehr verpflichtet, für die Frauenbewegung einzutreten. Und je mehr unsere Frauenbewegung an Breite und Tiefe zunimmt, desto schwächer wird auch der Widerstand der Männer gegen sie. Wenn sich auch unter den verschiedenartigen Vereinsgesetzen nicht genau sagen läßt, wir haben soundsoviele Genossinnen, so können wir doch mehr als früher auch zahlenmäßig nachweisen, wie unsere Bewegung gewachsen ist. In Jena hat sich ja die Partei ein neues Organisations-Statut gegeben. Neu ist der Paragraph, der gestattet, daß man freiwillige Beiträge entgegennimmt. Wir haben uns das zu Nutzen gemacht und freiwillige Parteibeitragskarten drucken lassen. Zirka 5000 Genossinnen haben auf diese Weise ihre Zugehörigkeit zur Partei bekundet, besonders auch im Ruhrrevier, wo die Polizei durch ihre Handhabung des rückständigen preußischen Vereinsgesetzes sogar die Bildung unpolitischer Bildungsvereine verhindert. Wir haben proletarischen Frauen eine ungeheuere Menge von Lese- und Diskussions-Abenden geschaffen, und die Frauen immer mehr an ernste Lektüre gewöhnt, damit ihnen allmählich das Programm in Fleisch und Blut übergeht. Sie können, wenn sie unser Programm im Kopfe haben, den Reichstagsverhandlungen ganz anders folgen und aus dem Gegensatz zwischen unseren Programmforderungen und den Handlungen der bürgerlichen Parteien genau erkennen, daß sie es sind, die jeden Fortschritt hemmen und auch verhindern, daß die Frau zu ihrem Rechte kommt. Unser Bestreben ist es von Anfang an gewesen, die Frauenbewegung so zu gestalten, daß nicht ein Zwiespalt zwischen uns und den Genossen besteht, sondern ein harmonisches Zusammenarbeiten. Wo die Frauen festen Fuß gefaßt haben, da ist es ja auch ein Vorteil für die Männer. Sie haben dann keine Schmutzkonkurrenz zu befürchten, wenn die Frauen aufgeklärt und Mitkämpferinnen des Mannes sind. Wir haben jetzt eine ganze Menge Geld mehr aufgebracht, wie in den Vorjahren. Während wir von 1902 bis 1904 in der Zentralkasse rund 2500 Mk. eingenommen haben, haben wir 1905—1906 8000 Mk. Einnahmen. (Beifall.) Für die mündliche Agitation haben wir durch unsere Einrichtungen eine ganze Anzahl von Genossinnen herangebildet, welche rednerisch tätig sind. Wir haben aber nicht nur sozialistische Agitation betrieben, sondern wir haben auch die gewerkschaftliche Agitation nicht versäumt. (Sehr wahr!) In den gewerkschaftlichen Organisationen haben die Genossinnen an vielen Orten Kommissionen gebildet und haben mit den Genossen gemeinsam gewerkschaftliche Tätigkeit und Aufklärungsarbeit ausgeführt. Die Arbeit ist keine vergebliche gewesen und hat viel dazu beigetragen, daß die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen so sehr gewachsen ist.

Als die Erhebungen über die Wäschearbeiterinnen in Aussicht standen, haben wir uns an die Kommission für Arbeiterstatistik gewandt und Genossinnen als Experten darüber empfohlen, wo die Erhebungen mit Erfolg zu veranstalten seien. Die Kommission hat uns höflich geantwortet, die Einrichtungen seien zwar schon getroffen, aber man würde die Hilfe solcher Frauen gerne in Anspruch nehmen. Damit können wir schon zufrieden sein. Aus den Erhebungen über die Wäscheindustrie wurde aber nichts. Dagegen fand die Enquete über die Zustände in der Fischindustrie statt, in der auch viel Frauen beschäftigt sind und für ein paar Bettelpfennige ihre Gesundheit, ihre Arbeitskraft, ihre Mutterschaft dem Kapitalismus opfern müssen. In den Kreisen dieser Arbeiterinnen haben wir tüchtig agitiert. Die Erhebungen haben ergeben, **daß diese Arbeiterinnen wöchentlich sechs Mark verdienen.** (Hört! hört!) Mit unendlicher Mühe ist es uns gelungen, in Ost- und Westpreußen, in Posen und Pommern Fuß zu fassen. Auf eigene Faust haben wir Erhebungen über die Lage der Plätterinnen veranstaltet und das gewonnene Material für die Agitation verwandt. Auch die Organisation unter den Textil- und Porzellanarbeiterinnen hat gute Fortschritte gemacht in Oberfranken und in Thüringen. Auch die rein politische Agitation wird uns von den Gegnern gradezu aufgedrängt. Die Verhältnisse zwingen uns, politisch zu agitieren. In Massenversammlungen am 21. Januar cr. haben wir mit den Parteigenossen zusammen das gleiche, allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht für den Landtag auch für die Frauen gefordert. Jede solche Agitation bringt uns neue Anhänger, sie revolutioniert die Köpfe. Außer der Wahlrechtsaktion veranstalteten wir eine Aktion gegen die weitere Verpfaffung der Volksschule. In hunderten von Versammlungen haben wir die Frauen belehrt, welches Unrecht ihren Kindern zugefügt werden soll, wie ihnen die Köpfe verkleistert und ihnen kostbare Jahre genommen werden sollen, nur weil die Junker möglichst dumme und stumpfe Arbeiter haben wollen. Mit Unterstützung unseres Stettiner Parteisekretärs habe ich eine Agitationstour durch Pommern arrangiert, die unerwartet reiche Erfolge hatte. Auch in Ostpreußen ist das Licht des Sozialismus aufgegangen. In Königsberg haben wir eine schöne Frauenbewegung einen schönen Frauenverein. Auch im Posenschen, in Rawitsch, sind gute Ansätze zu einer guten Organisation vorhanden. Auch in Bayern haben wir Fortschritte gemacht. Zwar ältere Genossen haben dort schon seit Jahren gewirkt, aber von einer lebendigen politischen Aufklärung war doch kaum die Rede. Erst in den letzten beiden Jahren ist es uns gelungen, auch in Bayern an verschiedenen Orten Vertrauenspersonen zu gewinnen, die die sozialistische Aufklärung in die Massen hineintragen. Im Rheinland sind verschiedene Bildungsvereine geschlossen, in Essen sogar Anklage wegen Geheimbündelei erhoben worden. In Sachsen-Weimar hat man mehrfach der Genossin Zietz verboten, Referate zu halten. Sie hat es natürlich doch verstanden, ihre Meinung zu sagen. Man ist ja immer noch ein bißchen klüger als die Polizei. (Heiterkeit.) Und namentlich, wenn die Polizei mit der Genossin Zietz anfängt, die so ausgepicht ist; da ist sie schon von vornherein verloren. (Große Heiterkeit.) Sehr scharf ist die Polizei gegen diejenigen Genossinnen vorgegangen, die Flugblätter zum 21. Januar usw. verteilt haben. Man hat Genossinnen verhaftet und in Ketten gelegt wie die schwersten Verbrecher. Man läßt ja heute eher einen Mörder ohne Ketten laufen als Sozialistinnen. (Vielf. Sehr wahr!) Auch bei uns in Preußen-Deutschland werden unzählige Proletarierinnen gemartert. Neben unserer mündlichen Agitation haben wir auch die Agitation durch die Presse betrieben, die für uns ein wichtiges Mittel der Aufklärung ist. Unsere „Gleichheit“ hat erfreulicherweise einen bedeutenden Zuwachs an Abonnenten zu verzeichnen und hat bereits das 46. Tausend überschritten, hoffen wir, daß, wenn wir in zwei Jahren wieder zusammenkommen, sie bereits Hunderttausend erreicht hat. (Beifall.) Wir verzagen nicht in unserem Kampfe. Wir werden uns die Freiheit erkämpfen, wenn auch unsere Polizei noch mehr kosakisch werden sollte. (Sehr richtig! Beifall.) Ich möchte meinen Bericht nicht schließen, ohne daran zu denken, wie viele unserer Genossinnen viel zu früh aufgerieben worden sind durch den Kampf ums Brot und durch die Agitation. Aber alles das ist nur klein im Vergleich dazu, wie viele in Rußland durch die niederträchtigen Schergen des Zarismus niedergeknutet worden sind. Zum Andenken an unsere verstorbenen Genossinnen wollen wir uns erheben, zum Andenken nicht bloß, sondern auch zur Anerkennung für alle Genossinnen, die für die Freiheit kämpfen. (Langanhaltender stürmischer Beifall; die Konferenz erhebt sich von den Sitzen.)

Es folgt die Diskussion; hierzu liegen folgende Anträge vor: 1. Die Agitation unter den Frauen ist nicht nur in einzelnen Bezirken, sondern in den ganzen Ostseeprovinzen intensiv zu betreiben.

Genossinnen Bromberg.

2. Deutschland ist in Agitatsbezirke einzuteilen und die Einsetzung von Bezirksvertrauenspersonen anzustreben.

Genossinnen Brombergs.

3. Den Vertrauenspersonen in jedem Wahlkreis sind Agitationskommissionen (bestehend aus 5 Personen) zur Seite zu stellen, deren Tätigkeit sich auf den Wahlkreis erstrecken soll.

Genossinnen Erfurts.

4. Es möge energisch für die Freigabe des Sonnabend Nachmittag für gewerbliche Arbeiterinnen agitiert werden.

Genossinnen Mülhausens im Elsaß.

5. Den Vertrauenspersonen der industriell entwickelten Orte wird zur Pflicht gemacht, an die Gemeindevertreter Anträge zu stellen um Schaffung von Krippen und Kindergärten.

Genossinnen Berlins.

Zu 5 beantragt Genosse Katzenstein folgenden Zusatz: „erforderlichen Falls solche im Geiste moderner sozialer Pädagogik geleitete Einrichtungen selbst ins Leben zu rufen oder zu unterstützen“.

Genossin Greiffenberg-Augsburg: Ich habe zu dem Tätigkeitsbericht der Genossin Baader nichts hinzuzufügen, und werde mich daher nur zu den Anträgen äußern. Der Antrag 3 der Erfurter Genossinnen ist ja sehr gut gemeint, aber er ist wegen der Vereinsgesetzgebung in verschiedenen Staaten nicht durchführbar. (Sehr richtig!) Dagegen ist der Antrag 5 so wichtig, daß dessen Inhalt auch zur Durchführung kommen möge. In den heutigen Krippen- und Kinderbewahranstalten wird die Autorität der Mutter untergraben. Besonders bei uns in Bayern ist dies der Fall, wo die Geistlichkeit die Kinder unter ihrem Einfluß hat. (Lebhafter Beifall.)

Genossin Fahrenwald-Hamburg: Ich hoffe, daß der nächste Bericht über noch größere Erfolge wird berichten können. Wir arbeiten in Hamburg jetzt mit den Genossen mit

Stadt-Theater.

„Fra Diavolo“.

Auber's graziöse Oper, mit deren unerschöpflicher Melodienfülle ein moderner Komponist wenigstens ein halbes Dutzend Opern ausstaffieren würde, ging vor ausverkauftem Hause in Szene und fand sehr starken Beifall, der eine ganze Reihe von Wiederholungen erhoffen läßt. Von Herrn Brüwer äußerst liebevoll einstudiert, wird das reizende, unverwüstliche Werk in einer Besetzung präsentiert, die sich überall hören lassen kann. In der Titelrolle überraschte Herr Günther-Braun durch die Leichtigkeit seines Gesanges, wie durch die Eleganz des Spiels. Er führte uns den verwegenen Räuberhauptmann in durchdachter Weise in erster Linie als den Edelmann und galanten Kavalier vor. Unterstützt durch eine vorzügliche Maske, hatte der vielseitige Künstler einen vollen Erfolg. Daß ihm die große Arie des dritten Aktes nur teilweise glückte, hat insofern nicht viel zu sagen, als dieses mit technischen Schwierigkeiten gespickte Stück für deutsche Sänger nicht leicht erschwinglich ist. Die Imitation des bittenden Mädchens würde durch ein wesentlich schnelleres Tempo und eine bessere Anwendung der Fistelstimme entschieden gewinnen. Hoch angerechnet sei es Herrn Günther-Braun, daß er im zweiten Akt die Original-Romanze sang und auf die von manchen Tenoristen bevorzugte „Einlage“ verzichtete. — Fräulein Wolter als Zerline spielte und sang die Rolle, die mehr wie einen Stein des Anstoßes bietet, sehr dezent und ohne die üblichen Soubrettenmätzchen. Die Koloraturen erledigte die Künstlerin mit großer Sauberkeit und ohne Aufdringlichkeit. Die Direktion scheint auch hier einen recht guten Griff gemacht zu haben. Bei den Wiederholungen der Oper wird Fräulein Wolter gut tun, den Anfang des Ensembles im ersten Akt („Er ist es“) vernehmlicher zu singen. — Herr Siewert hatte als Lorenzo nach der Arie im dritten Aufzuge einen mehrmaligen Hervorruf zu verzeichnen; sonst bietet die Rolle nichts, womit sich ein Tenorist besonders auszeichnen könnte. — Das Ehepaar Kookborn, durch Fräulein Reisch und Herrn Schauer würdig vertreten (Fräulein Reisch war endlich einmal geschmackvoll und ihrem Gesichtsschnitt entsprechend frisiert!), hatte die Lacher auf seiner Seite, nicht minder das groteske Banditenpaar der Herren Martini und Döring. Die Ensembles gingen wie am Schnürchen; es war ein seltener Genuß, eine Reihe hochmusikalischer Künstler, begleitet von einem sorgfältig abschattierten Chor zu hören. Es wäre dringend zu wünschen, daß in dieser Weise fortgefahren würde. Dadurch könnten nur alle Faktoren profitieren. Allen denen, die sich ein paar Stunden hindurch an einer espritvollen Partitur und gefälligen Melodien gut unterhalten wollen, sei der Besuch des „Fra Diavolo“ aufs wärmste empfohlen.

H. M.

Aus aller Welt.

Von der Dynamitexplosion auf einem Waggon der Louisville-Nashville-Bahn, über die wir bereits berichteten, werden noch Einzelheiten bekannt. Die Stadt Jellice in Tennessee ist dadurch so gut wie vollständig zerstört worden. Neun Personen sind tot, fünfzig verletzt, fünfhundert obdachlos. Der angerichtete Schaden wird auf eine Million Dollars geschätzt. Es wird angenommen, daß die Explosion durch Selbstentzündung entstand. Der das Dynamit enthaltende Waggon stand auf einem Nebengleise in einem von der Southern Pacific- und der Louisville-Nashville-Bahn gemeinsam benutzten Teile des Güterbahnhofes.

Erdstöße auf Fehmarn. Auf der Insel Fehmarn, an der Ostküste Schleswig-Holsteins belegen, wurden vier ziemlich starke Erdstöße verspürt. Schaden ist nicht angerichtet worden.

Ein neuer Taifun. Nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus aus Manila sind die Philippinen von einem Taifun getroffen worden. Südlich von Manila sind die Telegraphenleitungen zerstört, so daß über die in den Provinzen angerichteten Verheerungen noch keine Nachrichten zu erlangen waren. Das Arsenal in Cavite und die dort liegenden Schiffe haben Schaden genommen; das Kanonenboot „Aravat“ ist gestrandet.

Scheußlichkeiten in Pariser Krankenhäusern. Zu den Einrichtungen, um die es unter der miserablen französischen Verwaltung am schlechtesten bestellt ist, gehören die Krankenhäuser. Von Zeit zu Zeit läßt irgend eine Zeitung einen Alarmruf ertönen, aber alles bleibt beim alten. So ist man noch immer nicht so weit gekommen, der Rattenplage in den alten Krankenanstalten ein Ende zu machen. Die Bevölkerung hat sich sozusagen daran gewöhnt, und es muß schon ein besonders gräßliches Vorkommnis sein, das überhaupt in der Oeffentlichkeit Aufmerksamkeit findet. So wird das schreckliche Erlebnis, das der russische Revolutionär Alexander Sokolow im Spital der Pitie hatte, in einer unscheinbaren Lokalnotiz abgetan. Sokolow, der unlängst als Mitschuldiger der rätselhaften „Stryga“ in der Bombenaffaire des Wäldchens von Vincennes verurteilt worden ist, liegt noch immer in dem genannten Hospital an seinen Wunden darnieder. Ein Polizei-Inspektor hielt Tag und Nacht an seinem Lager Wache — vermutlich daß der Krüppel nicht entlaufe. Kürzlich Nachts wurde der eingeschlummerte Wächter durch einen heftigen Schmerz am rechten Beine geweckt. Mit Entsetzen sah er eine riesige Ratte, die sich dort festgebissen hatte. In demselben Augenblicke aber stieß Sokolow ein furchtbares Geschrei aus. Der Beamte riß schleunigst die Decken von seinem Bette und gewahrte etwa zehn Ratten, die über den Körper des Patienten liefen, während drei ihre Zähne in sein Fleisch schlugen. Von einem Krankenwärter unterstützt, tötete der Polizist einige von den Tieren und jagte die anderen in die Flucht. Der Verwundete wurde dann in ein anderes Bett gelegt. Natürlich wird er dort nicht besser geschützt sein. Und in sein Bett wird vermutlich ein anderer Patient gelegt werden, der, weil er kein interessanter Attentäter ist, nicht einmal einer kleinen Zeitungsnotiz wert erscheinen wird, wenn ihm gleiches widerfährt.

Sind die Leute verrückt? Bei der Enthüllung der Mc. Kinley-Statue in Columbus (Ohio) drängten sich 50,000 Personen zu der Frau Longworth (der Tochter des Präsidenten Roosevelt) heran, worauf eine Panik ausbrach. Mehrere Personen wurden ohnmächtig und verletzt. Die Ansprachen mußten verschoben werden.

Kleine Chronik. Der Dampfer „Rußland“ wurde bei dem Feuerschiff „Gjedser“ vom Dampfer „Elbe“ mit defekter Maschine angetroffen und in die Werft in Lübeck eingeschleppt. „Rußland“ hatte 4,360,000 Mk. in englischen Goldmünzen für die russische Regierung an Bord. — Zu dem Einbruch in der königlichen Münze in München wird weiter bekannt, daß außer den geraubten 180,000 Mark in Zehnmarkstücken für ungefähr 5000 Mk. altes Gold und Münzen, die umgeprägt werden sollten, gestohlen wurden. — Aus Hannover wird amtlich gemeldet: Gestern Vormittag 10 Uhr 58 Minuten wurden auf dem Haltepunkt Dedensen zwei Reservisten überfahren und sofort getötet. Dieselben sind bei geschlossener Schranke auf den Bahnkörper gelangt und von einem aus der Richtung von Wunstorf kommenden Zuge erfaßt worden. — Auf einer Wiese in Schwabing wurde, wie aus München gemeldet wird, gestern morgen eine Frauensperson mit durchschnittenem Halse tot aufgefunden. Dies ist binnen drei Wochen der dritte Mord in München. — Der seit einigen Tagen von Saalfeld a. S. verschwundene Oberpostassistent Meglich wird von der Staatsanwaltschaft Rudolstadt wegen Sittlichkeitsverbrechen steckbrieflich verfolgt. — In Berlin wurde der 25 Jahre alte Kassenbote Alfred Lange von einem Soldaten beobachtet, wie er einem Mädchen mit einer Schere den Zopf abschnitt. Der Soldat veranlaßte die Festnahme des jungen Mannes. Eine in seiner Wohnung vorgenommene Haussuchung förderte 19 abgeschnittene Zöpfe zutage. Der Verhaftete behauptet, einem unwiderstehlichen [illegible]ange gefolgt zu sein. — In einem Anfalle von Schwermut erhängte die Ehefrau Pliska in Hamburg ihre beiden Söhne im Alter von 6 und 8 Jahren und verletzte sich darauf lebensgefährlich, indem sie sich mit einem Rasiermesser die Pulsader aufschnitt. Die Kinder wurden durch die Dazwischenkunft des Milchhändlers gerettet, sind aber bedenklich krank. — Der englische Dampfer „Caledonia“ ist bei Kilometer 133 im [illegible] aufgefahren und sperrt die Passage.

bestem Erfolge Hand in Hand und haben die Zahl der Abonnenten der „Gleichheit" auf 1600 erhöhen können. Die Kolportage der „Gleichheit" besorgen die Genossinnen selbst. Sie haben durch diese mühsame Arbeit des Treppauf-, Treppablaufens es fertig gebracht, für das Genossenschaftshaus 1000 Mark zu geben. (Bravo!)

Genossin Deuper-Essen: Bei uns können wir bereits nach zweijähriger Organisation über 600 Abonnenten der „Gleichheit" verzeichnen. (Bravo!) Um so mehr werden wir von der Polizei unhöflich behandelt. Während ich eine Versammlung abhielt, wurde bei mir Haussuchung abgehalten. Nachher wurde ich vor den Untersuchungsrichter geladen, wegen „Geheimbündelei". (Heiterkeit.) Nun, ich sehe der Verhandlung mit Ruhe entgegen. Unserer Organisation hat diese Polizeiaktion nur genützt. Wir haben jetzt jeden Tag Aufnahmen zu verzeichnen. (Bravo!)

Genossin Dunker-Dresden: Wir sollten darüber nachdenken, ob nicht auf dem Boden genossenschaftlicher Selbsthilfe hier etwas getan werden kann. Gewiß denkt keiner von uns daran, etwa in den Kindergärten Politik zu treiben, aber wir wollen verhindern, daß die Köpfe der Kinder bereits mit allerlei religiösen Vorstellungen vollgestopft werden, daß man da schon anfängt, jeden Geburtstag großer Herrschaften mit großem Klimbim zu feiern. (Sehr richtig!)

Genossin Kähler-Dresden: Die Bewegung in den östlichen Provinzen geht langsam vorwärts, aber es sind doch ganz hübsche Erfolge auch dort erzielt worden. Dort werden die Frauen nicht nur in der Industrie ausgebeutet, sondern auch bei der Landwirtschaft, bei Kanalisation und Erdarbeiten. Eine intensivere Agitation ist um so mehr notwendig, als ein großer Teil der gewonnenen Genossinnen wie ein Strohfeuer schnell wieder in sich zusammenfällt, sich um die Bewegung nicht mehr kümmern, sobald die Agitatorin den Ort verlassen hat. Auch für Aufbringung freiwilliger Gelder kann bei Annahme der Bromberger Anträge weit mehr geschehen. (Bravo!)

Genossin Schradin-Reutlingen: Aus Württemberg kann ich leider nicht über große Erfolge in der Frauenorganisation berichten. Daran trägt die Hauptschuld die Gleichgültigkeit der männlichen Genossen in Württemberg. Der Gewerkschafts-Sekretär Näther in Stuttgart meinte, wir möchten nur erst die Männer organisieren, dann könnte man erst an die Frauen-Organisation denken. Die Frauen seien zu dumm, um die Referate zu verstehen. (Hört, hört!) Da gehört eine Roßnatur dazu, um bei solchen Redensarten kühl und ruhig zu bleiben. Die Frauen an und für sich sind für die Agitation ganz zugänglich, aber die Rückständigkeit der Parteigenossen ist zu groß. Es tut mir leid, daß ich Ihnen das hier sagen muß.

Genosse Katzenstein: Wir wollen, wie es in Berlin bereits geschehen ist, Kindergärten schaffen, die weder religiös noch politisch beeinflußt werden und zwar hauptsächlich aus pädagogischen Gründen. Die Ausbildung muß organisch sein, die Kinder müssen daran gewöhnt werden, solidarisch zusammenzuhalten und auf die Dinge in ihrer Umgebung zu achten und für dieselben das richtige Verständnis zu gewinnen. Es kommt darauf an, die Kinder so zu entfalten, daß sie denken lernen, dann brauchen wir uns keine Gedanken über deren weitere Entwickelung zu machen. Es ist notwendig, daß hier eine neue Grundlage geschaffen wird für eine durchgreifende Erziehung. Antrag 5 fordert, daß derartige Anstalten von den Städten geschaffen werden. Das ist zwar sehr schön; aber der Zusatzantrag will erforderlichen Falles die selbständige Gründung solcher Anstalten. Denn wir wissen noch lange nicht, wenn solche Einrichtungen von den Kommunen geschaffen werden, wie sie ausfallen. Wem es darum zu tun ist, die Kindergärten und Schulen im anderen Sinne zu schaffen, der muß uns, ohne Rücksicht auf seine Parteizugehörigkeit, willkommen sein. (Lebhafter Beifall.)

Genossin Zietz-Hamburg: Genossin Dunker und Genosse Katzenstein haben den Zusatzantrag der Frankfurter Genossinnen zu Antrag 5 befürwortet. Genossin Dunker ist aber doch wohl zu weit gegangen, wenn sie gemeint hat, wir sollten das Hauptgewicht auf die genossenschaftliche Gründung von Kindergärten legen. Ich meine, man soll das eine tun und das andere nicht lassen. In erster Linie müssen wir von der Kommune verlangen, solche Einrichtungen zu treffen. Wenn die sozialdemokratische Partei mit dieser Forderung bisher keine Erfolge erzielt hat, so liegt es nicht daran, daß sie diese Forderung nicht mit der nötigen Wärme vertreten hat, sondern daran, daß sie bis jetzt wenig Einfluß auf die kommunalen Verwaltungen gehabt hat. Keinesfalls aber darf die materielle Voraussetzung für die privaten Kindergärten von Leuten geschaffen werden, welche dem Volke „Wohltaten" erweisen wollen (Lebhafte Zustimmung), sondern es muß ausgegangen werden von der Anschauung, daß das Volk Rechte zu fordern hat. Wir werden heftig verfolgt, wie aber auch diese Verfolgungen enden mögen — man hemmt uns nicht, man hindert uns nicht, sondern schafft uns nur neues vorzügliches Agitationsmaterial. Und diejenige politische Partei, die in jüngster Zeit als maßgebende, als Regierungspartei, nicht aus Gerechtigkeitsgefühl oder den veränderten Verhältnissen Rechnung tragend, sondern aus Klugheitsrücksichten, weil sie ihren Einfluß auf die aufgeklärten katholischen Arbeiter verlor und die Frauen noch für etwas dümmer hielt, wenn also, sage ich, die Zentrumspartei auch ihre Stellung zur Frauenbewegung aus diesen Klugheitsgründen geändert hat, so rührt sie doch keinen Finger, um es zu brandmarken, wenn gegen unsere Genossinnen so vorgegangen wird. An der Zentrums-Parade in Essen haben sogar an den geschlossenen politischen Sitzungen, zweifellos Vereins-Versammlungen, Frauen teilgenommen, und kein Polizist hat sie zur Verantwortung gezogen. Aber uns soll das nicht einmal im Rahmen des Gesetzes billig sein. Mit der Zeit lernen wir ja auch immer besser, alle Hemmnisse und Hindernisse überwinden. Wenn mir zum Beispiel in Thüringen das Referieren verboten wurde, sprach zuerst ein Genosse zehn Minuten, und ich dann in der Diskussion 1¼ Stunden. (Große Heiterkeit.) Den Antrag 3 bitte ich unter Berücksichtigung der Bedenken, die Genossin Greifenberg vorgebracht hat, der Genossin Baader zu überweisen, den Antrag 2 zurückzustellen. Seinen Gedanken auszuführen, wird uns dann erst recht gelingen zu Nutz und Frommen der Frauenbewegung. (Lebhafter Beifall.)

Genossin Lehmann-Dresden: In Dresden haben wir eine Kinderschutzkommission gegründet; aber sie hat noch nicht viel schaffen können, weil zum Austragen der „Arbeiter-Zeitung" noch zahlreiche Kinder, sogar unter dem gesetzlichen Alter, beschäftigt werden. Geben Sie uns ein Mittel, wie wir trotz des Widerstandes der Genossen hier Remedur schaffen können. Eine kommunale Kinderbewahranstalt haben wir in Dresden, aber sie nimmt nur eheliche Kinder kirchlich getrauter Eltern auf. (Heiterkeit.)

Genossin Röbel-Gera: Zum ersten Male haben die drei Wahlkreise Altenburg, Reuß jüngere Linie und Weimar II eine Delegierte hierher entsandt. Mühe genug hat es uns gemacht, namentlich die Altenburger Genossen so weit zu bringen. „Wenn unsere Frauen sich intensiv an der Agitationsarbeit beteiligen, müssen wir ja fürchten, daß unsere Kinder Läuse bekommen," mußte ich hören.

Genossin Wermann-Leipzig: Im Anfang geht das ja überall so, daß die Frauenbewegung bei den Genossen nicht das nötige Verständnis findet. Aber mit dem Fortschreiten unserer Bewegung wird das ganz von selbst besser. In Leipzig haben wir seit der Auflösung der besonderen Frauen-Organisation und der Berschmelzung mit der allgemeinen Partei-Organisation mindestens 1000 Genossinnen mitgewonnen. (Bravo!)

Die Fortsetzung der Debatte wird durch eine einstündige Mittags-Pause unterbrochen.

Vors. Zietz teilt die eingelaufenen Begrüßungs-Telegramme der sozialdemokratischen Frauen Finnlands und der Genossinnen Hamburgs mit und vertagt darauf um 1 Uhr die Sitzung.

Nachmittagssitzung.

In der Nachmittagssitzung, die um 2 Uhr 15 Minuten beginnt, führt die Genossin Zietz-Hamburg den Vorsitz.

Genossin Baumann-Altona: Ueberall ist ein Fortschritt der Frauenbewegung zu verzeichnen. Ein gutes Mittel zur Agitation bietet uns die Verteilung der „Gleichheit", und ich kann konstatieren, daß die Genossinnen keine Mühe scheuen, der „Gleichheit" neue Abonnenten zu verschaffen. Seit Jahresfrist sind in Schleswig-Holstein schon 460 Frauen gewonnen worden, welche regelmäßig freiwillige Beiträge leisten. Früher existierte nur in Altona eine Vertrauensperson, jetzt haben wir deren vier in der Provinz. Was den Antrag 5 anlangt, so müssen wir von den Kommunen unter allen Umständen verlangen, daß sie für die Kindergärten und dergleichen sorgen und daß kirchliche Oberaufsicht ferngehalten wird. Ob wir dies durchsetzen, ist eine Frage der Zeit; aber dies darf uns nicht abhalten, diese Frage mit Nachdruck zu vertreten. (Bravo!)

Genossin Bäumler-Schömberg: Sehr empfehlenswert ist ein enges Zusammengehen mit den Gewerkschaften. Ich wurde von unseren Verbänden zu jeder Werkstattbesprechung eingeladen und kann dort weitaus am besten auch für den Frauen- und Mädchen-Bildungsverein agitieren. So habe ich z. B. mit Hilfe des Transportarbeiterinnenverbandes die Zeitungsträgerinnen organisiert und kann gerade bei ihnen am besten für die Beseitigung der Kinderarbeit wirken. Inbezug auf die Kindergärten stehe ich ganz auf dem Standpunkt der Genossin Zietz.

Genosse Schulz-Bremen: Nach meiner Ansicht trifft der Antrag 5 das Richtige. Auch die staatlichen Volksschulen werden heute in einem uns durchaus entgegengesetzten Sinne geleitet, und doch treten wir für ihre Ausdehnung ein. Genau ebenso wenig dürfen wir uns gegen die staatlichen oder kommunalen Kinderheime sperren. Damit will ich der genossenschaftlichen Bewegung auf diesem Gebiete kein Halt zurufen, sondern sie nur zur Vorsicht mahnen, da hier pädagogisch ungeeignete Personen das größte Unheil anrichten können. Die bürgerliche Pädagogik ruht ganz auf der bürgerlichen Weltanschauung und Ethik. Von dieser unterscheidet sich aber die sozialistische Ethik mit ihren sittlichen Postulaten und Tendenzen im tiefsten Grunde, z. B. in der Wertung des Streikbrechers, des Kadavergehorsams, der Freiheitsliebe und der Gerechtigkeit. Können und sollen wir aber die Kinder in sozialistischem Geiste erziehen, so dürfen wir auch die Kindergärten nicht gemeinsam mit allen möglichen wohlmeinenden und braven, aber bürgerlichen Philanthropen gründen, wie dies in Charlottenburg geschah, wo, wenn ich nicht irre, sogar Naumann an der Gründung beteiligt ist. Für genossenschaftliche Kinderheime sollte nur dann eingetreten werden, wenn durchaus geeignete Persönlichkeiten unter den Genossinnen dafür vorhanden sind.

Zum Punkt b)

Presse

liegen die Anträge 6—13 vor.

6. Die „Gleichheit" wöchentlich erscheinen zu lassen.
Genossinnen Brombergs.

7. Den Titel der „Gleichheit" umzuändern in „Deutsche Arbeiterinnen-Zeitung". Genossinnen Dresdens, 6. Kreis.

8. Den Untertitel der „Gleichheit" umzuändern in „Zeitschrift für die Interessen der Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse".
Genossinnen Erfurts.

9. Es sind jährlich zwei Agitationsnummern der „Gleichheit" herauszugeben mit aufeuerndem Inhalt. Genossinnen Erfurts.

10. Es ist ein leicht verständliches Flugblatt herauszugeben, durch welches bisher unaufgeklärte Frauen mit den hauptsächlichsten Gegenwartsbestrebungen der sozialdemokratischen Frauen bekannt gemacht werden können.
Genossinnen Dresdens.

11. Die Artikelserie der „Gleichheit": „Ehe und Sittlichkeit" ist als Broschüre herauszugeben.
Genossinnen Berlins.

12. Die bisher erschienenen Kinderbeilagen der „Gleichheit" sind in guter Ausstattung als Weihnachtsbüchlein für unsere Kinder herauszugeben.
Genossinnen der Kreise Nieder-Barnim und Teltow-Beeskow.

13. Die Vertrauenspersonen erhalten hinfort nicht mehr ein Freiexemplar der „Gleichheit" vom Verlag aus, sondern jeder Ort ist verpflichtet, ihnen dies zuzustellen.
Genossinnen des Kreises Teltow-Beeskow.

Nach längerer Diskussion über die Preßanträge wird ein Schlußantrag angenommen.

Genossin Baader hält dann ein kurzes Schlußwort.

Bei der Abstimmung wird der Antrag 5 mit dem Zusatzantrag Frankfurt angenommen. Die Anträge 1 und 4 werden durch die Debatte für erledigt erklärt, Antrag 2 für die nichtöffentliche Sitzung zurückgestellt. Abgelehnt werden die Anträge 3, 6, 7 und 8. Die Anträge 9—13 werden der Zentralvertrauensperson und dem Verlage der „Gleichheit" zur Berücksichtigung überwiesen. Schließlich wird der Genossin Baader einstimmig Decharge erteilt.

Damit ist der erste Gegenstand der Tagesordnung erledigt. Da Genossin Zetkin sich nicht wohl genug fühlt, über die Frage des Frauenstimmrechts zu referieren, wird Punkt 3 der Tagesordnung

„Agitation unter den Landarbeiterinnen"

vorweggenommen.

Die Referentin Genossin Zietz-Hamburg weist einleitend darauf hin, daß der Fanfarenruf des kommunistischen Manifests spurlos an dem bereits noch ganz unentwickelten landwirtschaftlichen Proletariat vorübergegangen ist, und erörtert dann ausführlich die heutige Lage des ländlichen Proletariats, das unter dem Druck der Gesindeordnung noch heute fast wie in alter Leibeigenschaft gehalten werde. Trotzdem verlangten die reaktionären Junker noch weitere Zwangsmaßregeln gegen das ländliche Proletariat wie z. B. die Beschränkung der Freizügigkeit. Man wolle das Landproletariat völlig rechtlos machen. Durch Vorlagen, welche den Kontraktbruch der Landarbeiter bestrafen, erfolgten in verschiedenen Landtagen neue Knebelungsversuche. Zahlreiche Mißhandlungsfälle, die von der Referentin mitgeteilt werden, beweisen die traurige Lage des Landproletariats besser als alles andere. Einer ergreifenden Schilderung des Landarbeiter-Elends folgten detaillierte Ausführungen über die nicht minder elenden Verhältnisse des ländlichen Gesindes. Eingehend wurden die Unfallziffern in den landwirtschaftlichen Betrieben behandelt. Im preußischen Landtage habe man sich gegen Kinder-Unfallrenten ausgesprochen und diese einen Skandal genannt. Ein Skandal sondergleichen sei es, daß Kinder kapitalistisch ausgebeutet wurden und in solchen kapitalistischen Betrieben verunglückten. Verbot jeder Kindererwerbsarbeit auch im Landwirtschaftsbetriebe müsse gefordert werden. Jetzt variierten die Gutsbesitzer das Christuswort wie folgt: „Lasset die Kindlein zu mir kommen und wehret ihnen nicht beim Rübenziehen, bei der Kartoffel- und der Kornernte." Ein weiteres Kapitel in dem interessanten Vortrag bildet die Lage der sogenannten Wanderarbeiter, der deutschen und fremden Wanderarbeiter, der Instleute und Scharwerker.

Auch die Wohnungsfrage wird gestreift, und die schlechten Einkommenverhältnisse der Landarbeiter und -Arbeiterinnen kritisch beleuchtet. Schließlich gibt die Rednerin Ratschläge zur Agitation unter den Landarbeiterinnen und schließt: Entfachen wir unter unseren Schwestern und Brüdern auf dem Lande die heiße, brennende Sehnsucht nach Freiheit und Glück, nach Lebensfreude und Menschenwürde. Viele Tausende wissen schon heute, daß ihnen Hilfe, Erlösung nur von der Sozialdemokratie kommt. Im Interesse der Landwirtschaft, im Interesse der gesamten Arbeiterklasse und ihrer Befreiung, im Hinblick auf unser großes, herrliches Menschheitsideal, laßt uns daher heute geloben: was an uns liegt, soll ihr Vertrauen nicht zu schanden werden. Laßt uns heute geloben, daß wir noch mehr wie bisher hinausgehen wollen zum Landproletariat, um es um die hohen Ziele der Sozialdemokratie zu scharen und um es zu lehren, daß es nichts zu verlieren habe, als seine Ketten, daß es aber eine Welt zu gewinnen habe! (Lebhafter Beifall.)

Die Ausführungen der Rednerin gipfelten schließlich in den folgenden

Resolution:

In Anerkennung des Grundsatzes, daß die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln des Kapitalismus nur das Werk der Arbeiter selbst sein muß, wird es zur zwingenden Notwendigkeit, neben dem Proletariat der Industrie, auch das der Agrikultur dem Heer der Klassenkämpfer einzureihen. Die Tatsache, daß das Landproletariat in rechtlicher, sozialer, ökonomischer und daraus folgernd, im Durchschnitt auch in intellektueller Hinsicht, tief unter dem Proletariat der Industrie steht, bedingt, daß die Agitation unter und für die Landarbeiterschaft einen doppelten Charakter tragen muß.

Sie muß erstens sein ein wuchtiger Kampf um die Gleichstellung der Landarbeiterschaft mit der Arbeiterschaft der Industrie, in juristischer und sozialpolitischer Beziehung, sowie in Punkto Bildungsfähigkeit.

Wir fordern daher für die Landarbeiter:

1. Beseitigung der Gesindeordnungen und ländlichen Ausnahmegesetze.
2. Rechtliche Gleichstellung der Landarbeiter und des Gesindes mit der Industriearbeiterschaft.
3. Arbeiterschutz durch Reichsgesetz für die Landarbeiterschaft und das Gesinde, vor allem ein volles, gesichertes Koalitionsrecht.
4. Verbot der Kindererwerbsarbeit in der Landwirtschaft und bei allen häuslichen Diensten bis zum 14. Lebensjahre.
5. Ausgestaltung der Volksschulen auf dem Lande im Sinne des soz. Programms und Schulzwang für Elementarschule bis zu 14 Jahren.
6. Obligatorischer Fortbildungsunterricht für Knaben und Mädchen.
7. Unterstellung der Landarbeiterschaft und des Gesindes unter sämtliche Arbeiter-Versicherungsgesetze.
8. Errichtung von landwirtschaftlichen Gewerbegerichten.
9. Feststellung der im Interesse der Gesundheit und Sittlichkeit unerläßlichen Bedingungen für die Landarbeiterwohnungen, sowie eine energische Wohnungspolizei.

Die Agitation muß zweitens sein eine planmäßige, energische, unermüdliche Aufklärungsarbeit unter der Landarbeiterschaft selbst, damit diese den Organisationen der Arbeiterklasse zugeführt, Solidarität übend, den Segen der Solidarität kennen lernen. Damit sie, für heute sich eine hellere Gegenwart erringend, gleichzeitig kampffähiger werden, um über die Erringung von Gegenwartsforderungen hinaus, sich am Emanzipationskampfe der Arbeiter beteiligen.

Diese Agitationsarbeit ist nach Ansicht der Konferenz nicht nur Sache der Genossinnen, sondern der Gesamtarbeiterbewegung. Die Konferenz verpflichtet daher die Genossinnen, bei dieser Agitationsarbeit überall nach besten Kräften mit Hand anzulegen, ferner solche Agitation anzuregen und gegebenenfalls selbst zu inszenieren.

Die Konferenz empfiehlt des ferneren ein eingehendes Studium der einschlägigen Verhältnisse zum Zwecke der wirksameren Durchführung der Agitations- und Organisationsarbeit unter dem Landproletariat.

Dem zweiundeinhalbstündigen Referat folgte stürmischer, begeisterter Beifall. Aus der Mitte der Versammlung wird der Antrag gestellt und angenommen, von jeder Diskussion im Hinblick auf das ausgezeichnete Referat abzusehen, dieses selbst aber drucken zu lassen und in Broschürenform herauszugeben.

Nachdem ein Antrag der Genossin Lily Braun, der Resolution anzufügen, die Forderung energischer Verkehrspolitik durch Ausbau des Kleinbahnverkehrs mit der Begründung abgelehnt war, daß dies mehr eine Kulturfrage als eine spezielle Landarbeiterinnenfrage sei, wurde die Resolution Zietz einstimmig angenommen.

Die Konferenz nimmt den Bericht der Mandatprüfungskommission entgegen, wonach 50 Delegierte mit 54 Mandaten anwesend sind.

Schließlich hält Genossin Grünberg-Nürnberg ihr Referat über die Dienstbotenbewegung.

Die Fortsetzung der Konferenz findet Sonntag früh statt.

Die Opfer des Breslauer Polizeikrawalls vor Gericht.

Fünfter Verhandlungstag.

Bei Beginn der Sonnabend-Sitzung beschließt das Gericht auf Antrag des Justizrats Mamroth die Ladung des Direktors Neumann von der Maschinenbau-Anstalt Breslau, der als Zeuge darüber Auskunft geben soll, daß die Ausgesperrten nicht früher wieder eingestellt werden sollten, unter der Bedingung, daß sie aus ihren Verbänden austreten würden.

Hierauf wurden in Sachen der Hebamme Haase Entlastungszeugen vernommen. Die Mutter der Angeklagten gibt an, sie wie die Tochter hätten sich bereits im Bett befunden, als sie von einer noch jüngeren Tochter gegen ½10 Uhr wegen der Vorgänge auf der Straße geweckt wurden. Die Angeklagte sei zuerst zum Fenster gestürzt und habe auf die Straße hinab gerufen: „Schämen möchten sich die Leute, so eine Roheit und Gemeinheit, fünf bis sechs Schutzleute über einen Mann." Sie selbst sah dann, daß ein Mann auf dem Rücken quer über dem Bürgersteige lag, den fünf oder sechs Polizisten umstanden, die auf die Rufe von oben am Hause hinauf sahen. Zu Füßen des Mannes stand eine Frau.

Die 17jährige Schwester der Angeklagten, Gertrud Haase, hat gesehen, daß gegen ½10 Uhr etwa

sieben Schutzleute

an der Ecke Berliner Chaussee standen, von denen sich fünf oder sechs ablösten, die mit gezogenem Säbel die Schweitzerstraße entlang auf das Haus, in dem die Angeklagte wohnt, zukamen, worauf sie ihre Schwester und Mutter rief. Die Schutzleute waren dann über den Mann hergefallen. Auf die Rufe der Angeklagten ließen sie von ihm ab und sahen nach oben. Während dieser Zeit raffte die bereits erwähnte Frau den Mann auf, und beide schlichen langsam fort.

Der Staatsanwalt verlangt hierauf die Vernehmung des Schutzmanns Hofrichter darüber, ob das derselbe Vorfall sei, den er bei seiner früheren Vernehmung geschildert hatte.

Schutzmann Hofrichter gibt daraufhin an, ein Schutzmann sei von einem Manne angegriffen worden. Daraufhin seien ihm eine Anzahl anderer Schutzleute über die Straße hinweg zu Hilfe geeilt. Geschlagen habe keiner.

Auf näheres Befragen ändert er seine Aussage dahin ab, der Schutzmann sei über den Mann hingefallen, worauf ihm die anderen zu Hilfe geeilt seien; die Zeit wisse er nicht genau, doch glaube er, es sei derselbe Vorfall gewesen, um den es sich hier handelt. — Justizrat Mamroth: Befand sich eine Frau in der Nähe des Mannes? — Hofrichter: Eine solche habe ich nicht gesehen.

Polizei-Inspektor Pfischel gibt zu dem Falle zunächst an, bei ihm habe sich kein Mann gemeldet, der von Schutzleuten mißhandelt worden sei. — Staatsanwalt: Spielte sich der Vorfall um die Zeit ab, als Sie zu schießen drohten, wenn die Fenster nicht geschlossen würden. — Zeuge: Ich habe mit Schießen überhaupt nicht gedroht.

Zum Fall Schneider wird zunächst Polizeikommissar Berner vernommen. Schneider soll den Schutzmann Hofrichter mit einem gezückten Messer bedroht haben, was er in Abrede stellt. Kommissar Berner hat den Mann selbst nicht gesehen. Die Aufforderung an die Menge, auseinander zu gehen, sei um diese Zeit noch nicht ergangen gewesen. — Justizrat Hein: Entsinnen Sie sich, daß Schutzmann Markwald Sie aufmerksam machte: „Da geht ja der Mann!"? — Kommissar Berner: Das weiß ich nicht.

Zum Fall Stumpf gibt Kommissar Mittmann an, als er den Zug nach der Schweitzerstraße unternahm, vorher die Aufforderung sich zu entfernen, an die Menge ergangen war. — Justizrat Hein: Aber nur auf dem Striegauer Platze. — Kommissar Mittmann gibt dann über die Frage Auskunft, wie es gekommen sei, daß Personen

auf dem Rücken verletzt wurden. Er habe gesehen, daß ein Mann einen Schutzmann angriff. Als dieser mit dem Säbel zum Schlage ausholte, wandte sich der Mann rasch um, und der Hieb traf ihn auf dem Rücken. In einem anderen Falle traf der Säbelhieb an die Haustür, während der Mann, der vorher den Schutzmann angegriffen, im Hause verschwand und die Tür schnell zugemacht habe.

Schutzmann Markwald wird hierauf über den Fall Jaschek vernommen. Er sei von einer Menschenmenge umringt gewesen. Es ertönten Rufe:

„Schmeißt ihn vom Pferde!"

„Haut ihn!" usw. Ein Mann habe nach dem Zügel des Pferdes gefaßt, er selbst habe aber das Pferd rasch herum gerissen, sodaß der Mann die Zügel nicht erreicht habe. Dieser habe aber das Pferd mit der anderen Faust an den Hals gestoßen. — Vorsitzender: Kann das nicht das Verhalten eines Mannes gewesen sein, der sich fürchtete? — Schutzmann Markwald: Nein, ich wurde angegriffen; ob Jaschek es war, weiß ich nicht. — Arbeiter Klose hat drei Jahre mit Jaschek als Kollege zusammengearbeitet und gibt an, der Schutzmann sei von der Menge umringt worden. Man rief: „Schmeißt ihn mit Steinen", „reißt ihn von Pferde", „haut ihn!" Jaschek sei mit erhobenen Armen auf den Schutzmann zugesprungen, ob er ihn aber angefaßt habe, weiß er nicht. Die Menge, 300 bis 400 Personen, habe aber auf das Verhalten des Jaschek hin neuen Mut gefaßt und ist erneut auf den Schutzmann eingedrungen. — Zeuge Hanke sagt aus: Als wir aus der Fabrik kamen, habe ich Jaschek gesehen, er kam auf uns zu und rief: Ihr Lumpen, geht auf die Straße und laßt Euch sehen"; er hat uns dabei den Weg vertreten. — Klempner Hilbrich gibt an, der Zeuge Klose habe ihm und anderen Kollegen erzählt, Jaschek sei gar nicht derjenige gewesen, der dem Schutzmann in die Zügel griff. (Bewegung.) — Vorsitzender: Das hat er auch hier nicht behauptet, er hat nur gesagt, Jaschek machte einen Satz auf den Schutzmann zu. — Zeuge Arthur Schreckmann: Ich habe Jaschek vor mir gesehen, ich habe auch gesehen, daß jemand nach dem Zügel des Pferdes griff, Jaschek war es nicht gewesen. — Rechtsanwalt Simon: Nach diesen Bekundungen ist wohl zur Genüge festgestellt, daß eine Personalverwechselung vorliegt, und daß Jaschek an den Schutzmann nicht eingedrungen ist. Deshalb ist es mir jetzt möglich, auf die Vernehmung des Untersuchungsrichters Firle zu verzichten.

Das Gericht beschließt darauf, Firle nicht zu vernehmen.

Zum Fall Tetschner gibt Schutzmann Hoppe an, der Angeklagte habe sich am Striegauer Platz sehr flegelhaft benommen. Seine Verhaftung sei aber am gleichen Abend nicht möglich gewesen. Erst bei der

sozialdemokratischen Maifeier

habe er ihn unter den Ausflüglern wieder gesehen und sofort erkannt. Seine Verhaftung sei aber auch damals unterblieben. Erst Mitte Mai seien die Personalien festgestellt worden.

Zum Fall Dostal gibt Schutzmann Schmidt an, er habe ihn am Striegauerplatze am Kirchhofe gesehen, und ihn wiederholt aufgefordert, zurückzutreten. Er sei aber immer wieder hervor getreten und habe geschrien und geschimpft. Später habe er ihn auf der Posenerstraße gesehen, von wo aus er wieder nach dem Striegauerplatze zurückwollte. Dabei habe er ihm einen Hieb auf den Rücken versetzt. Später habe ihn der Angeklagte auf dem Striegauerplatze zur Rede stellen wollen, warum er ihn geschlagen habe, worauf er ihm geantwortet habe, er könne sich ja, wenn er wolle, auf dem Präsidium beschweren.

Staatsanwalt: Waren um diese Zeit bereits

die Kanonenschläge

erfolgt.

Schutzmann Schmidt: Das war gerade um diese Zeit.

Arbeiter Tscherner hat gesehen, daß Dostal auf dem Striegauerplatze von einem Schutzmann angeritten wurde, und gegen die Wand fiel. Ferner wurde er geschlagen; die Leute schrien, er möge sich das nicht gefallen lassen, sondern sich über die Schutzleute beschweren.

Zur Anklage gegen Täschner geben mehrere Schutzleute an, daß Täschner sich unter dem Haufen befunden, der die Arbeitswilligen empfing und nach diesen gespuckt und gejohlt habe. Auch später ist er zu wiederholten Malen an verschiedenen Stellen gesehen worden, nachdem die Aufforderung, sich zu entfernen, an die Menge ergangen war.

Auf dem Rollstuhle

zur Gerichtsstelle gebracht wurde ein Cousin des Angeklagten, der als Entlastungszeuge vernommen werden sollte. Der Rollstuhl ging zu der schmalen Eingangstür des Gerichtssaales nicht herein, und da sonst der Zeuge nur auf einer weichen Tragbahre zu transportieren gewesen wäre, blieb nichts anderes übrig, als ihn samt dem Wagen durch die breitere Tür in den Zuhörerraum hinein zu heben, von wo aus seine Vernehmung erfolgte. Er gibt an, er sei von dem Bruder des Angeklagten Täschner in der Nähe des Striegauerplatzes spazieren gefahren worden. Mehrmals sei der Angeklagte zu ihm hin gekommen, aber nicht permanent bei ihm geblieben.

Bezüglich des Angeklagten Mandel sagt Schutzmann Gotschlich als Zeuge aus, er habe ihn vor dem Hause Hildebrandtstraße 21 gesehen und ihn nebst anderen Leuten ins Haus hinein gejagt. Als er nicht hineingehen wollte, habe er ihn

mit der Klinge an die Brust

geschlagen. Es habe dann einer geschrien: „Ihr Bluthunde", doch wisse er nicht, wer es gewesen sei.

Angeklagter: Ich stand gar nicht vor der Haustür, sondern an der Hintertür, die vom Hausflur nach dem Hofe führt.

Justizrat Hein: War der Angeklagte im Hause drinnen?

Schutzmann Gotschlich: Ich glaube, er war draußen, den Schlag bekam er drinnen. (Bewegung.)

Angeklagter: Es war im Hofe, wo er mich schlug.

Justizrat Mamroth: Warum haben Sie ihn geschlagen?

Schutzmann Gotschlich: Weil ich glaubte, es war der, der Bluthunde, Räuber, Mörder geschrien hat.

Nun werden die Zeugen, die den Fall des letzten Angeklagten, des

16jährigen Lehrlings Schimpf

betreffen, vernommen.

Gastwirt Schreiber und seine Frau haben den Angeklagten auf dem zum Grundstücke des Hauses gehörigen umzäunten Vorhofe gesehen. Eine weibliche Stimme habe zum Fenster herunter gerufen, gehst Du schon wieder, worauf er geantwortet habe: „Die Aester sind wohl heut alle verrückt." Nach der Anklage soll durch diese Aeußerung die Polizei beleidigt worden sein.

Vorsitzender: Wem galten diese Aeußerungen?

Zeugin: Das weiß ich nicht.

Justizrat Mamroth: Es ist ja vorhin ausgesagt worden: die Jungen jagten einander.

Zeugin Ottilie Rosemann gibt an, ein unbekannter Herr habe bei Schimpf gestanden und gesagt: Du Bengel, Du bist gerade so wie die dort drüben auf dem Platze.

Vorsitzender: Was hat der Angeklagte da geantwortet?

Zeugin: Er hat garnichts dazu gesagt.

Die Schwester des Angeklagten gibt an, sie habe ihrem Bruder von oben zugerufen, er solle nicht auf den Platz hinüber gehen, es könne ihm dort etwas passieren. Er habe geantwortet: Mir kann doch hier nichts passieren.

Werkmeister Welzel ist als Leumundszeuge über den Angeklagten geladen worden und gibt an, dieser habe jetzt drei Jahre unter ihm in seinem Betriebe gelernt. Etwas Nachteiliges weiß er nicht über ihn zu bekunden.

Justizrat Mamroth beantragt hierauf, den

Bezirksleiter des Metallarbeiterverbandes Schlegel

nochmals zu vernehmen und ihn zu fragen, ob ihm von zahlreichen Arbeitern mitgeteilt wurde, daß Werkführer und Betriebsleiter ihnen gesagt hätten, sie würden wieder eingestellt, sofern sie aus der Organisation heraustreten und ferner darüber, ob die Ausgesperrten durch ein **Flugblatt und in Versammlungen aufgefordert worden sind, die Arbeitswilligen nicht zu verletzen**, sondern sie in loyaler Weise von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen zu suchen, sowie ferner, daß bei der Organisations-Leitung die Auffassung vorhanden war, mit den Arbeitswilligen allein seien die Betriebe so wie so nicht lange aufrecht zu erhalten.

Schlegel bestätigt durch seine Aussage den Beweisantrag vollkommen. Der Umstand, daß die Ausgesperrten schon vorher wiederholt aufgefordert worden sind, sich gegenüber den Arbeitswilligen nichts zu schulden kommen zu lassen, veranlaßt den Vorsitzenden wie einen beisitzenden Richter zu dem gemeinsamen Rufe:

„Um so schlimmer für die Angeklagten,

um so schlimmer."

Justizrat Mamroth: Ich wollte darauf hinweisen, daß wir für unsere Sache auf diese Feststellung Gewicht legen.

Staatsanwalt: Was ist den Arbeitern gesagt worden; sollten sie aus dem Verbande austreten oder nicht?

Schlegel: Das haben wir ihnen überlassen, wir konnten sie doch zu nichts zwingen und an nichts hindern.

Auf Veranlassung des Rechtsanwalts Weizmann wird hierauf nochmals der

Leiter des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins Mladek

vernommen. Auch er bekundet, daß seine Mitglieder zu besonnenem Umgange mit den Arbeitswilligen ermahnt worden sind, sowie daß Arbeiter sofort wieder eingestellt worden sind, sobald sie aus der Organisation ausgetreten waren.

Von der Verteidigung ist noch ein

Leumundszeuge über die Polizei

geladen worden. Dieser, ein Herr Teißig, bekundet, er sei aus der Schwertstraße in die Friedrich-Wilhelmstraße eingebogen und habe einige Schritte vor sich einen Mann gesehen, der ruhig die Friedrich-Wilhelmstraße entlang ging. Als der Mann in die Marionnenstraße einbiegen wollte, kam ein Schutzmann von der anderen Seite der Straße auf ihn zugesprungen, faßte ihn an der Brust und, ehe man sich versehen konnte, **hatte der Mann einen Säbelhieb über die Schulter und einen zweiten über das Gesäß.** Er selbst, der Zeuge, sei so rasch wie nur möglich weiter gegangen, damit ihm nichts Aehnliches wiederfahre.

Vorsitzender: Hat sich der Mann etwa einem Befehl widersetzt, Sie haben doch das nicht so genau gesehen?

Zeuge: Nein, der **Mann ging ganz ruhig** mitten auf der Straße; es waren auch keine Menschen dort und der Vorfall spielte sich so rasch ab, daß zwischen dem Schutzmann und dem Angeklagten nur eine Frage und Antwort geschwebt haben kann.

Justizrat Mamroth: Haben Sie etwa gesehen, daß der Schutzmann auch nur eine Bewegung machte, als wollte er die Personalien des Mannes feststellen?

Zeuge: Nein, mit erhobener Waffe und **in der Luft herumfuchtelnd** kam er schon über die Straße herüber gerannt, wobei er

unartikulierte Laute

von sich stieß.

Vorsitzender: Wie klangen die Laute?

Zeuge: Das läßt sich nicht nachahmen, der Schutzmann benahm sich, als wäre er

ohne alle Besinnung.

Ein anderer Herr äußerte ebenfalls seinen Unwillen über ihn.

Nach einer kurzen Pause bekundete der nochmals vorgerufene Schutzmann Hoppe, er habe gehört, wie der Angeklagte Hoffmann die Schutzleute „Schweinehunde" geschimpft habe. — Hoffmann bestreitet das. Er sei an jenem Abend betrunken gewesen und seine Frau habe ihn deshalb in der fraglichen Zeit gar nicht aus dem Hause gelassen. — Der nächste Zeuge ist der

Direktor der Maschinenbauanstalt Breslau, Neumann,

der aussagt: An der Aussperrung waren die im Verband und die im Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein Organisierten beteiligt. — Vors.: Weshalb wurden diese Organisationen von der Aussperrung betroffen. — Zeuge: Weil nach den Erfahrungen der früheren Jahre **gerade diese beiden Organisationen am meisten zum Streik neigen.** Am Tage der Krawalle war der Zeuge nicht in Breslau, gibt aber seiner Ueberzeugung dahin Ausdruck, daß die Ausgesperrten durch ihre Ansammlungen auf dem Striegauer Platz die Arbeitswilligen ebenfalls zur Niederlegung der Arbeit veranlassen wollten. — Vert. Rechtsanwalt Weizmann: Warum haben die **Angehörigen der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine die Arbeit früher aufgenommen?** — Zeuge: **Es war von seiten des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins**

auf Umwegen

das Ersuchen an uns gerichtet worden, mit ihnen über die Wiederaufnahme der Arbeit zu verhandeln und auf Umwegen haben wir uns darüber verständigt.

Vors.: Ist durch die Aussperrung Ihr Betrieb lahmgelegt worden? — Zeuge: Es ging damals über ganz Deutschland eine allgemeine Former- und Gießereiarbeiterbewegung. Es ist klar, daß durch die Arbeitseinstellung der Former und Gießer auch die übrigen Betriebe mit in Mitleidenschaft gezogen wurden, weil nicht genügend Material, das von den Formern vorbereitet wird, vorhanden war. Indessen hat die Maschinenbauanstalt insoweit ihren Betrieb aufrecht erhalten, daß, als die Arbeit wieder aufgenommen werden sollte, sie den Betrieb sofort im vollen Umfang aufnahm. — Vert. Rechtsanwalt Simon: Ist es richtig, daß den Arbeitern erklärt worden ist sie würden nicht ausgesperrt werden, wenn sie aus ihrem Verbande austreten würden? — Zeuge: In unserem Betriebe war das nicht der Fall. Ich bin ein prinzipieller Gegner jeder Maßregelung, ich will es aber nicht von der Hand weisen, daß in anderen Betrieben etwas derartiges geschehen ist. Leute, die aus der Organisation austraten, wurden tatsächlich weiter beschäftigt. Ob aber gesagt worden ist,

Ihr müßt aus der Organisation austreten,

weiß ich nicht. Ich weiß nur, daß davon gesprochen wurde, daß, wenn die weiter arbeitenden Arbeiter im Falle einer Lahmlegung der Betriebe Unterstützungen von den Industriellen erhalten wollten, sie vorher aus dem Verbande ausgetreten sein müßten. — Verteidiger Rechtsanwalt Simon: Ich beziehe mich auf das Zeugnis des Generaldirektors Glasenapp, daß tatsächlich den Arbeitern gesagt wurde, die Arbeiter müßten aus dem Verbande austreten. — Staatsanwalt: Wieviel Personen waren nach der Aussperrung in Ihrem Betriebe beschäftigt? — Zeuge: Eine bestimmte Zahl kann ich nicht angeben. — Staatsanwalt: Waren es etwa 2—300? — Zeuge: Ja, ungefähr. — Verteidiger Rechtsanwalt Weizmann: Waren die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine auch an der Lohnbewegung der Former beteiligt? — Zeuge: Das ist sehr schwer zu beantworten. Ich weiß nicht mehr, ob auch ein Vertreter der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine bei den Verhandlungen zugegen war, da ich mich prinzipiell nicht nach der Zugehörigkeit der Arbeiter zu einer Organisation erkundige.

Als hierauf der Vorsitzende zur Herbeiholung eines von der Verteidigung als Zeugen gewünschten Schutzmannes

einen Schutzmann

wegschicken will, erhebt Vert. Rechtsanw. Weizmann besonderen Einspruch. — Vorsitzender: Gegen diese Verdächtigung eines Beamten muß ich Verwahrung einlegen. — Verteidiger Rechtsanwalt Weizmann: Und ich gegen den Vorwurf, ich hätte einen Beamten verdächtigt. Es ist doch aber ganz natürlich, daß die beiden Beamten über die Sache mit einander sprechen und daß dadurch ganz unbewußt eine Beeinflussung erfolgt.

Bezüglich des Angeklagten Hoffmann wird dessen Ehefrau vernommen. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob ihr Mann an jenem Abend betrunken gewesen sei, ruft sie mit forscher Stimme in den Saal: „Betrunken war er nicht, Herr Staatsanwalt, aber gründlich besoffen." (Große Heiterkeit.)

Im Falle Raddatz dreht sich die Verhandlung darum, ob ein Mann in einer weißen Mütze, der auf dem Striegauer Platze und in der Posenerstraße gesehen wurde, mit dem Angeklagten, der einen Alibibeweis antritt, identisch ist. Er soll unter anderem die Polizisten als:

„Verfluchte Kosaken!"

beschimpft und in der Menge gedroht haben: „Schlagt doch die verfluchten Schweinhunde tot." Die vernommenen Schutzleute glauben in dem Angeklagten mit Bestimmtheit den Mann zu erkennen, der sich durch Schreien und Spucken besonders hervorgetan habe.

Bevor hierauf die Mittagspause eintritt, bittet der Staatsanwalt, die Verhandlung heute noch zu Ende zu führen. — Verteidiger Justizrat Hein: Es hätte wesentlich zur Verkürzung der Verhandlungen beigetragen, wenn die Staatsanwaltschaft der Verteidigung die Einsichtnahme in die Akten gestattet hätte. Das ist aber trotz wiederholter Proteste uns bis zur Hauptverhandlung verweigert worden.

Schließlich erfolgt noch die Vernehmung des

Generaldirektors Glasenapp.

Bei seinem Aufruf holt ihn der Gerichtsdiener im Gegensatz zu den andern Zeugen, die auf dem Flur warten müssen, aus dem Zimmer des Staatsanwalts. Vors.: Herr Regierungsrat von Glasenapp ...

Zeuge: Pardon! Nur Glasenapp.

Vors.: Also, Herr Regierungsrat, welchem Betriebe stehen Sie vor? — Zeuge sagt aus, daß er Vorstandsmitglied der Aktiengesellschaft für Waggonbau und Maschinenbau in Breslau sei. Diese Firma sei ebenfalls durch die Aussperrung betroffen worden. — Vors.: Es soll vorgekommen sein, daß in Ihrem Betriebe den Leuten von den Meistern oder anderen Beamten erklärt worden ist: **Wenn Ihr aus dem Verbande austretet**, dann wird von Eurer Aussperrung Abstand genommen werden. — Zeuge: Ich

weiß absolut nichts davon.

Ich habe **nie ein solches Ansinnen** an die in unserem Betriebe beschäftigten Arbeiter gestellt, habe auch keine dahin gehenden Befehle oder Anregungen gegeben, auch kein Verhalten an den Tag gelegt, aus dem die Beamten hätten schließen können, daß ich es gewollt hätte.

Justizrat Mamroth: Sind Ihnen Fälle bekannt, daß Ausgesperrte, nachdem sie aus ihrem Verbande ausgetreten waren, wieder eingestellt worden sind? — Zeuge: In einzelnen Fällen habe ich davon Kenntnis bekommen. — Justizrat Mamroth: Es kann sich doch aber nur um ein prinzipielles Vorgehen gehandelt haben, von dem Sie hätten Kenntnis bekommen müssen.

Glasenapp: Es ist mir wohl gesagt worden, daß einige Arbeiter, die aus ihrem Verbande ausgetreten waren, wieder in unserem Betrieb aufgenommen wurden. Von einer generellen Anordnung aber ist mir nichts bekannt. Darüber hatten eben die unteren Organe zu bestimmen.

Justizrat Mamrot legt ein

Reversformular

vor, in dem der Unterzeichner ehrenwörtlich erklärt, daß er dem Metallarbeiterverbande oder dem Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine nicht angehören. — Zeuge Glasenapp kennt das Formular von der Dresdener Aussperrung. Ob es in seinem Betriebe oder überhaupt in Breslau zur Anwendung gekommen ist, weiß er nicht. Er habe von all den Dingen keine eigene Kenntnis, da er vom 4. April bis 15. Mai in Breslau nicht anwesend war. — Justizrat Mamroth: Es steht fest, daß dieses Formular solchen Leuten vorgelegt worden ist, die bei Lahmlegung der Betriebe auf Unterstützung von den Metallindustriellen rechnen wollten.

Damit ist die Vernehmung Glasenapp beendet. Monteur Thiel war bei Gebrüder Kemna tätig. Er war früher im Verbande und hat das Formular unterzeichnet, um weiter beschäftigt zu werden. Er weiß auch, daß durch Anschlag die übrigen Arbeiter auf das Formular aufmerksam gemacht worden sind.

Schließlich wird noch der Zeuge Brochnow aus seiner Fabrik zitiert, um zu bekunden, daß in der Maschinenbauanstalt Breslau Ausgesperrte, die aus dem Verbande austraten, wieder eingestellt wurden. Er habe, wie er angibt, auch ein Formular unterschreiben müssen, daß er von keinem Verbande Unterstützungen beziehe.

Der Vorsitzende fragt hierauf die Verteidiger, ob sie auf weitere Beweisaufnahmen verzichten. Nur Justizrat Mamroth erklärt, auf den geforderten unbedingten Verzicht sich nicht einlassen zu können. Er habe, z. B. im Zanderprozeß, üble Erfahrungen gemacht und pflege deshalb nur zu erklären, daß er weitere Beweisanträge nicht zu stellen habe.

Die Beweisaufnahme wird darauf geschlossen. Die Plädoyers beginnen Montag Nachmittags 3 Uhr. Im günstigsten Falle ist das Urteil zu später Nachtstunde zu erwarten.

Partei-Angelegenheiten.

Genosse Hans Nikolaus Krauß †. Die Redaktion des „Vorwärts" ist von einem harten, schmerzlichen Verlust betroffen worden. Der Redakteur H. N. Krauß, der seit nahezu zehn Jahren das Unterhaltungsblatt unseres Zentralorgans redigierte, ist verstorben. Unser braver Genosse war Ausländer, in Oesterreich geboren, deshalb durfte er weniger in die Oeffentlichkeit treten, schwebte ihm doch stets die Gefahr vor Augen, ausgewiesen zu werden. Früher war Genosse Krauß als Redakteur am „Volksblatt für Teltow-Nieder-Barnim" und dem „Sozialdemokrat" tätig, auch leitete er in der Zeit von 1899—1904 die „Neue Welt" und den „Neue Welt-Kalender". Er ist nicht ganz 45 Jahre alt geworden. Krauß erlag im Berliner St. Hedwigs-Krankenhause einem Herzleiden. Ehre seinem Andenken!

Nicht bestätigt. Das Provinzialkollegium für Brandenburg hat die Wahl des sozialdemokratischen Gemeindevertreters Taubmann zum Mitgliede des Kuratoriums der Realschule zu Weißensee nicht bestätigt. Die dortige Gemeindevertretung beschloß, gegen die Verfügung Einspruch zu erheben — Wird leider wenig nützen.

Arbeiterbewegung.

Die Wahrheit bohrt sich durch. Anläßlich der großen Formerbewegung dieses Jahres wurden in Hannover, Braunschweig und Breslau auch zirka 600 Mitglieder des Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereins mit ausgesperrt. Das kostete dem Gewerkverein natürlich auch Geld. Als dann der Metall-Industriellenverband die große Aussperrung ankündigte, von der nur die Mitglieder des deutschen Metallarbeiterverbandes betroffen werden sollten, kommandierte der Generalrat des Gewerkvereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter seine Mitglieder dazu, sich als Mitglieder des Gewerkvereins zu bekennen. Dadurch sollte es den Unternehmern erleichtert werden, die „Böcke" von den Schafen zu sondern. Für jeden Kenner der Verhältnisse war es damals schon klar, was die Gewerkver-

einsleitung hauptsächlich zu ihrer verräterischen Handlungsweise bestimmte. Es fehlte dem Gewerkverein an den nötigen Mitteln, um eine größere Zahl Ausgesperrter unterstützen zu können. Die Krisis ist aber trotzdem über den Gewerkverein hereingebrochen, die Leitung will deshalb durch eine dauernde Beitragserhöhung von 10 Pfg. wöchentlich der zusammengeschmolzenen Kasse aufhelfen. Das erregt nun bei den meisten Mitgliedern, denen man immer vorredete, daß der Gewerkverein bei seinen „billigen" Beiträgen sogar noch mehr leiste als der deutsche Metallarbeiterverband mit seinen „hohen", großen Unwillen. Der Unwille ist um so größer, weil bei der letzten Beitragserhöhung im Jahre 1905 die Unterstützungen gekürzt wurden. Die Gewerkvereinsleiter arbeiten nun förmlich mit Hochdruck, um die widerstrebenden Elemente der Beitragserhöhung günstig zu stimmen. Dabei entschlüpfen ihnen die interessantesten Geständnisse. So äußerte Bezirksleiter Strohfeld am 9. September auf einer Konferenz in Breslau, daß man 1905 mit der Beitragserhöhung von 5 Pfennig auszukommen hoffte. „Wir konnten aber auch damals noch nicht wissen, daß die großen Metallarbeiteraussperrungen kommen würden, wir glaubten nicht, daß die Unternehmer diese Taktik einschlagen würden ..... Hätten wir bei der Formerbewegung noch die alten Unterstützungen gehabt wie früher, dann wären wir zu Grunde gegangen ..... Geschieht dies nicht (die Erhöhung des Beitrages), dann sind wir nicht mehr in der Lage, unseren statutarischen Pflichten nachzukommen ..." Im Organ des Gewerkvereins wird den Mitgliedern angedroht: Wenn sie bei der Urabstimmung nicht für die Erhöhung der Beiträge stimmen, dann würden bis zum nächsten Verbandstag vom Gesamtgeneralrat Extrabeiträge dekretiert. Auch wird den Ortsvereinen empfohlen, Lokalbeiträge zu erheben. Dasselbe Blatt pikt auch die Mitglieder und die Ortsvereine, die sich gegen die Beitragserhöhung erklären, ordentlich herunter. — Wenn sich je einmal ein Organ der freien Gewerkschaften so etwas herausgenommen hätte, dann würden die Hirsch-Dunckerschen Organe und Agitatoren ihrer „tiefsten Entrüstung" über solchen „Terrorismus", solchen „Zwang" Ausdruck verliehen haben. Wenn die Hirsch-Dunckerschen Führer bei ihrem Bestreben auf Erhöhung der Beiträge Widerstand finden, so haben sie das nur ihrem bisherigen Verhalten zu verdanken.

Militär gegen Streikende. Die Fälle, in denen Militär in Deutschland kommandiert wird, mit der Waffe gegen Streikende vorzugehen, sind ja glücklicherweise nicht häufig. Das liegt nicht am Militarismus selbst, sondern an der Art, wie unsere wohldisziplinierte Arbeiterschaft die Vorwände für ein militärisches Eingreifen zu vermeiden weiß. Als Streikbrecher haben dagegen wiederholt Soldaten gegen ihre Klassengenossen gekämpft und so selbst die Arbeitsbedingungen verschlechtern helfen, unter denen sie nach der Rückkehr vom Militär im bürgerlichen Leben tätig sein müssen. Auch auf die Reservisten pflegen in Streikfällen die Unternehmer große Hoffnungen zu setzen und im Herbst sehr oft Lohnkämpfe bis in die Zeit der Entlassungen vom Militär auszudehnen. In Nürnberg, wo der Klassenkampf in neuerer Zeit ganz besonders an Schärfe gewonnen hat, scheint jetzt die Streikbrecher-Vermittelung von den militärischen Kommandostellen systematisch betrieben zu werden. Vor der Entlassung der Reservisten wurde ihnen dort ein Regimentsbefehl bekannt gegeben, worin es hieß, wer Arbeit suche, der möge sich im Arbeitsnachweis des Mittelfränkischen Verbandes der Arbeitgeber im Baugewerbe melden. Bekanntlich streiken in Nürnberg seit drei Monaten die Bauarbeiter. Erst hetzte man die Arbeitswilligen auf sie, dann kam das Streikpostenverbot und nun müssen auch noch die Militärbehörden bei der Streikbrecher-Vermittelung behilflich sein.

Es wird immer besser!

Zum Streik im Nürnberger Baugewerbe nahmen die Streikleitungen der verschiedenen beteiligten Branchen in einer gemeinsamen Sitzung Stellung und kamen nach längerer Aussprache zu dem einstimmigen Beschluß, den Ausständigen den Abbruch des Streiks und dessen Wiederaufnahme im nächsten Frühjahr vorzuschlagen. Dieser Schritt wurde allgemein als eine taktische Notwendigkeit bezeichnet. In Streikversammlungen wurden diese Vorschläge den Ausständigen vorgelegt. Die Bauhilfsarbeiter nahmen sie nach mehrstündiger Debatte an. Bei den Maurern dagegen gab es stürmische Debatten; die meisten Redner verlangten die Fortsetzung des Streiks. Nachdem der Hauptvorstand Bömelburg sich wiederholt aus taktischen Gründen für den Abbruch des Streiks ausgesprochen, wurde die Weiterberatung vertagt.

Die Nachwehen von den Nürnberger Bluttagen. Wegen der Vorfälle am 17. August vor der Motorfahrzeugfabrik „Union", wobei der Streikführer Fleischmann von einem Streikbrecher erschossen wurde, ist jetzt die Untersuchung abgeschlossen, während die wegen der Ereignisse vom 23. und 24. August noch schwebt. Gegen fünf Personen wurde die Anklage wegen Landfriedensbruchs erhoben. Was die Zeugenaussagen von der Anklage übrig lassen, wird sich in der Verhandlung herausstellen. Es ist aber interessant, daß man ganze fünf „Landfriedensbrecher" gefunden hat, die, wie die bürgerliche Presse gelogen hat, die mehr als 100 Arbeitswilligen der Unionswerke so schwer bedrängt haben, daß die unschuldigen Lämmlein am Leben bedroht waren und der Friedensstifter mit dem Revolver in „gerechter Notwehr" niedergeknallt werden mußte!

Im Ruhrrevier regt es sich. Genosse Sachse als Vorsitzender des Bergarbeiterverbandes hat nach dem Bochumer „Volksblatt" an den Vorsitzenden der Siebenerkommission ein Schreiben gerichtet mit der Aufforderung, eine Konferenz der Siebenerkommission zur Besprechung der Lohnfrage einzuberufen. Eine Antwort steht noch aus.

Dem „Vorwärts" meldet ein Privattelegramm:

Essen a. d. Ruhr, 22. September. Die Siebener-Kommission hielt heute hier eine Sitzung ab und einigte sich dahin, in der Lohnfrage Schritte zu tun. Zu diesem Zweck soll mit allen Verbänden des In- und Auslandes in Verbindung getreten werden. Auch über die Sperre und das Ueberschichtenwesen wurde beraten. — Es herrscht in allen Fragen Einmütigkeit.

Konfektionsarbeiterstreik in Sicht. In München-Gladbach haben die Konfektionsarbeiter-Forderungen gestreikt. Sie drängen auf eine gemeinsame Beratung der Fabrikanten und Arbeitervertreter. Wird diese abgelehnt, ist der allgemeine Streik im Konfektionsgewerbe unvermeidlich.

Der Bergarbeiterstreik im böhmischen Kohlenrevier ist nun gänzlich beendet. Nachdem in Brüx, Dux und Brux Meetings stattgefunden hatten, wurde die Arbeit überall wieder aufgenommen. Genau so hoffnungslos, als der Streik inszeniert wurde, wurde er auch beendet. Die Anarchisten mußten sich mit dem begnügen, was schon der Turner Konferenz als Zugeständnisse vorlagen. Ohne Streik war also dasselbe erreicht. Als aber die „Union" vom Streik abriet, wurde das als „Verrat" bezeichnet und nun wird das durch das Eingreifen der „Union" Erzielte von den Anarchisten plötzlich als „große Errungenschaft" bezeichnet — weil sie es in wochenlangem Streik, die Union aber ohne Kampf gewonnen hatte. Aber der wahnwitzige, unorganisierte Kampf der Anarchisten bringt gar vielen der irregeführten Arbeiter noch schweren Schaden. Die Grubenbarone nehmen Maßregelungen vor. Auch die Konferenz für das Revier Falkenau-Elbogen hat die Beschlüsse der Turner Konferenz angenommen. Hier ist ebenfalls der Kampf vertagt worden, denn lange können die elenden Löhne der Bergarbeiter unverändert bleiben.

Aus Schlesien und Posen.

Neue Bahn im Riesengebirge.

Die Teilstrecke Hirschberg—Boberröhrsdorf der Nebenbahn Hirschberg i. Schl.—Löhn wird am 1. Oktober dem öffentlichen Verkehr übergeben werden. An der Strecke liegen von Hirschberg aus rechts der Bahnhof 4. Klasse Grunau und links der Bahnhof 4. Klasse Boberröhrsdorf.

Die neuen Stationen erhalten die Befugnis zur Abfertigung von Personen, Gepäck, Eil- und Frachtstückgut, Wagenladungen, Leichen, Vieh und Sprengstoffen. Fahrzeuge und Gegenstände, zu deren Ver- und Entladung eine Kopframpe erforderlich ist, sind von der Beförderung ausgeschlossen.

Es gelangen nur Fahrkarten 2. bis 4. Wagenklasse zur Ausgabe. Mit dem Tage der Eröffnung werden die neuen Abfertigungsstellen in den Gruppentarif I, in die Wechseltarife mit dieser Gruppe, sowie in den nieder- und oberschlesischen Steinkohlentarif und in den schlesisch-sächsischen Gütertarif einbezogen. Die Strecke wird der Betriebsinspektion Hirschberg, der Maschinen- und Verkehrsinspektion Görlitz und der Werkstätteninspektion Lauban zugeteilt.

Brieg, 22. September. Verworfene Revision. Wie wir schon früher mitteilten, soll der Schriftsetzer K. dadurch groben Unfug verübt haben, daß er auf dem Philosophenweg gestanden hatte und Passanten vor dem Besuche des Tschirnschen Lokals abgehalten haben soll. Er wurde deshalb vom hiesigen Schöffengericht zu 15 Mark Geldstrafe verurteilt. Diese Strafe ist später von der Strafkammer bestätigt worden. Gegen dieses Urteil wurde, da sich K. nicht schuldig fühlte, Revision eingelegt. Die Revisionsverhandlung fand nun vor dem Strafsenat des Oberlandesgerichts in Breslau statt. In derselben wurde die Revision auf Kosten des Angeklagten verworfen. Als Begründung wurde angeführt, daß es durch den Vorderrichter festgestellt sei, daß der Angeklagte an den Zeugen Kreidel herangetreten sei mit der Mitteilung, das Lokal von Tschirn sei von den Gewerkschaften gesperrt. Doch nicht allein diesen Zeugen, sondern auch andere des Weges daherkommende Passanten soll der Angeklagte belästigt haben. Dieses Verhalten wurde als grob ungebührlich bezeichnet, da sich alle diese Passanten belästigt fühlen mußten. Es handelt sich hierbei nicht nur um die Störung einer einzelnen Person, sondern einer ganzen Anzahl von Personen, und, da diese nicht wegen ihrer individuell persönlichen Verhältnisse, sondern wie das Vorderurteil sich ausdrückt, als „beliebige Passanten" angehalten und belästigt wurden, hat das Verhalten des Angeklagten sich nicht gegen individuelle Persönlichkeiten, sondern gegen das Publikum gerichtet. Da hierdurch alle Tatbestandsmerkmale einer Uebertretung gegen den § 360 des Str.-G.-B. erfüllt sind, erschien die Zurückweisung der Revision geboten. Wie wir schon früher erwähnten, hatte der Angeklagte mit der Boykottsache nichts zu tun, und doch blieb es bei der Verurteilung.

Hahnau, 21. September. Ein Erfolg der Organisation. Die dem Deutschen Tabakarbeiter-Verbande angehörigen Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen der Firma Schwoben Seidel traten im Laufe der vorigen Woche in eine Lohnbewegung ein. Auf friedlichem Wege gelang es, die Forderungen der Arbeiter zur Anerkennung zu bringen. Die Wickelmacherlöhne wurden bei allen Sorten um 20 bis 50 Pfg. pro Mille erhöht, sodaß der Minimallohn 2.20 Mark pro Mille beträgt. Den weiblichen Rollern, die bisher 25 Pfg. pro Mille weniger als die männlichen Roller erhielten, wurde der gleiche Lohn wie den männlichen Rollern zugesichert, sodaß der Mindestlohn für Roller und Rollerinnen 4.75 Mark pro Mille beträgt. Ferner wurden Lohnerhöhungen bei besseren Sorten und Abschaffung des verdeckten Gewichtes bei Deckblatt zugebilligt.

Daß es den Tabakarbeitern und -Arbeiterinnen gelang, auf friedlichem Wege eine annehmbare Verbesserung ihrer Lage zu erzielen, haben sie einzig und allein ihrer guten Organisation zu verdanken. Von 27 Arbeitern und Arbeiterinnen einschließlich der Hilfskräfte gehören 20 der Organisation an. Mögen auch die übrigen Hahnauer Arbeiter daraus lernen.

Die Lohnbewegung der Tabakarbeiter ist in diesem Jahre die fünfte, die von den Gewerkschaften am hiesigen Orte geführt worden ist. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine dagegen leisten wohl das menschenmöglichste in der Beudelung der hiesigen Gewerkschaften, haben aber, das lehrt auch dieses Jahr mit aller Deutlichkeit wieder, noch nie den Mut gefunden, in den Betrieben, in denen sie die Macht besitzen, eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in die Wege zu leiten.

Striegau, 22. September. Die Gottesstreiter werden nervös. Seit Prediger Tschirn hier den ersten Vortrag gehalten hat, lassen die Kapläne im katholischen Arbeiter- resp. Gesellenverein keine Gelegenheit vorübergehen, ohne ihre Schäflein vor dem Unglauben und der Sozialdemokratie zu warnen. Auch die letzte Versammlung des katholischen Jugendvereins stand unter diesem Zeichen. Der Versammlungsbericht lautet hierüber: Aus Anlaß des Umstandes, daß in letzter Zeit wiederholt gottesleugnerische und christusfeindliche Reden gehalten worden sind, sprach Herr Oberkaplan Rohr in „interessanter und ausführlicher Weise" über das Thema: „Es ist ein Gott." Als Beweise für das Dasein Gottes führte er an: 1. Die Existenz der Welt. Nichts ist von selbst entstanden. 2. Die Zweckmäßigkeit der Welteinrichtung. 3. Die Stimme des Gewissens. 4. Alle Menschen, selbst die wildesten Völker, glauben an das Dasein eines Gottes. Der Vortragende behauptete noch, daß der Unglaube in Not und Gefahr nie Stand gehalten und stets zur Verzweiflung geführt habe.

Prediger Tschirn wird in Kürze hier wieder einen Vortrag über Vernunft und Glauben halten; wie wäre es da, wenn der Herr Oberkaplan dort erschiene, um Tschirn zu widerlegen? Oder fürchtet der Herr, daß dort der Glaube nicht Stand halten und zur Verzweiflung führen würde? Der Herr Kaplan könnte dort auch einmal die Frage beantworten, ob er dann auch noch die Zweckmäßigkeit der Welteinrichtung loben würde, wenn er für seine — mühevolle Arbeit — einen Wochenlohn von 12 Mark bekäme.

Striegau, 22. September. Zur Stadtverordneten-Ersatzwahl. Die am 1. August d. J. abgehaltene Stadtverordneten-Sitzung beschloß, an den Magistrat den Antrag zu stellen, in diesem Jahre Ersatzwahlen anzuberaumen, weil bereits drei Mandate erledigt sind. Durch Wegzug des Gutsbesitzers Markwald sind es jetzt vier geworden. Der Magistrat hat nun dem Antrage entsprochen und auf Mittwoch, den 7. November, Ersatzwahlen angesetzt. Von den zu besetzenden Mandaten gehören zwei der dritten, eins der zweiten und eins der ersten Abteilung an. Die nächste Wahlvereins-Versammlung wird zu beschließen haben, ob wir uns an den Wahlen beteiligen werden oder nicht. Zuerst aber muß die Parole heißen: Arbeiter von Striegau, erwerbt das Bürgerrecht!

Posen, 24. September. Der Streik der Möbeltischler dauert nun schon die fünfte Woche. Die hiesigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind die denkbar traurigsten. Trotzdem weigern sich die hiesigen Meister, die vollständig unter dem Drucke der Berliner Scharfmacher des Arbeitgeber-Schutzverbandes stehen, die Forderungen der Arbeiter anzuerkennen, obwohl deren Berechtigung allen vernünftig denkenden Menschen einleuchtet. Anstatt sich in ihren Vereinen damit zu beschäftigen, wie sie dem wucherischen Gebaren der Möbelhändler begegnen können, verbringen sie die Zeit damit, schwarze Listen in der [illegible] zu [illegible]. So brachten sie es fertig, Leute, die schon wochenlang vor Beginn des Streiks wegen militärischer Uebungen, Krankheit usw. die Arbeit verlassen mußten, in diesen Listen mit zu veröffentlichen. Denjenigen Meistern, die etwa bereit sein sollten, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen und dadurch beweisen, daß die Forderungen bewilligt werden könnten, droht man mit der Maisperre. Man sieht, daß für die Arbeitgeber auch bei diesem Streik der § 153 der Gewerbeordnung ein unbekanntes Ding ist. Dagegen erfreuen sich die Streikenden einer stets steigenden Aufmerksamkeit der Beamten der „öffentlichen Ordnung". Zuzug ist auch ferner streng fernzuhalten.

Lissa i. P., 21. September. Ein Pferd als Lebensretter. Hier saß auf der Straße ein kleines Kind und spielte mit Steinchen, als im schnellen Trabe ein Fuhrwerk herannahte. Der Kutscher hatte das Kind nicht sogleich bemerkt, und als er es sah, war er nicht mehr imstande, die Pferde zurückzureißen. Da griff plötzlich das Leitpferd mit den Zähnen nach dem Kinde, packte es bei den Kleidern und legte es zur Seite. Dem Kinde geschah kein Leid.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Der auf dem Dominium Märzdorf bei **Goldberg** beschäftigte Stellmacher Borgmann aus St. Hedwigsdorf war den Zimmerleuten bei dem Legen einer Balkenlage behilflich. Dabei hatte er das Unglück, von einer Mauer abzustürzen, wobei er sich einen Rippenbruch und verschiedene andere Verletzungen im Gesichte zuzog. — Das 15jährige Dienstmädchen eines Gastwirts in **Nüstern** wurde von einer Gesellschaft sinnlos betrunken gemacht und dann an ihr ein Sittlichkeitsverbrechen begangen. Das Mädchen ist irrsinnig geworden. — Dreschgraf Pückler beendet am 26. d. Mts. seinen Sommeraufenthalt auf der Festung Weichselmünde und begibt sich von dort nach **Klein-Tschirne** zurück. — Auf dem Oberschlesischen Bahnhof in **Beuthen** wurde der Lampenputzer Polodziej beim Ueberschreiten der Gleise von dem heranbrausenden Nachtschnellzug erfaßt; ihm wurde der Kopf vom Rumpfe getrennt. — Vom elektrischen Strom getroffen wurde in **Königshütte** ein bei der Verlegung der Oberleitung der elektrischen Straßenbahn beschäftigter Arbeiter. Der Verletzte erholte sich jedoch bald wieder. — Einen recht harten oberschlesischen Schädel hat ein Bauer aus **Markiowitz**. Er fuhr mit leerem Wagen im Trab nach Hause und fiel, da er etwas reichlich angeheitert war, schließlich vom Wagen. Das Hinterrad ging ihm direkt über den Kopf hinweg, wobei sein Schädel tief in den Straßenkot hineingedrückt wurde; weitere Unannehmlichkeiten hat er nicht zu beklagen gehabt. — Der auf der Bleischarleygrube bei **Beuthen** beschäftigte Bergmann Pollok war von zusammenstürzenden Gesteinsmassen verschüttet worden. Erst nach achtzehn vollen Stunden gelangten die Rettungsmannschaften zu dem Verunglückten. Die Verletzungen des P. sind zwar schwer, aber nicht lebensgefährlich. — Die Kinder einer Familie in **Ratibor** schluckten beim Genuß von Pflaumen die Kerne mit herunter. Bald darauf stellten sich bei ihnen heftige Magenschmerzen ein, sodaß der Arzt geholt werden mußte. Während es bei zwei Kindern gelang, die Kerne herauszubekommen, ist es bei dem dritten Kinde nicht gelungen. Es ist wenig Aussicht vorhanden, daß das Kind am Leben erhalten bleibt. — Ein Windmüller in **Palabowo** (Posen) hantierte an einem Brett mit einem rostigen Nagel. Dabei drang ihm dieser tief ins Fleisch. Sofort schwoll die Hand an. Der hinzugezogene Arzt stellte Blutvergiftung fest. — In **Brachlin** verunglückte ein Arbeiter dadurch, daß ihm von einer Dreschmaschine die eine Hand abgerissen wurde.

Versammlungen und Vereine.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen hielt am Dienstag eine verhältnismäßig gut besuchte Mitgliederversammlung in den Räumen des Hotels „Union", Riepoldpassage, Reuschestraße 59, ab. Es ist dringend zu wünschen, daß den Handlungsgehilfen dieser Versammlungsort erhalten bleibt und die leidige Lokalfrage, die dem Verbande bisher nicht geringe Ungelegenheiten machte, nunmehr endgiltig aus der Welt geschafft ist. Als Referent war Genosse Dr. Sachs gewonnen worden, der mit seinen Ausführungen über „Das Bankwesen und seine Bedeutung" die Anwesenden zu fesseln wußte. Er ging einleitend von der immer engeren Verquickung des modernen Handels mit dem Bankwesen aus, wies darauf hin, daß heute der überwiegende Teil der kaufmännischen Angestellten bei seiner Berufsausübung in nahe Berührung mit den Banken und ihren Funktionen komme und legte die verschiedenen Arten der Bankgeschäfte dar, — wie sich jene Institute ihre Mittel beschaffen und die Organisation des Kredites handhaben müßten. Daran schloß der Redner einen allgemeinen Ueberblick über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Banken im allgemeinen und beendete seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag mit der Erwähnung der Bankkonzentrationen, die enorme Kapitalien in sich vereinigten und eine selbst von manchen Fürsten nicht erreichte Macht repräsentierten.

Eine Diskussion fand nicht statt. Der Antrag des Genossen Fiebig, das Thema „Partei und Gewerkschaften" auf die Tagesordnung einer der nächsten Versammlungen zu stellen, wurde angenommen und die Wahl des Referenten dem Vorstande überlassen. Der Vorsitzende, Genosse Gaßmann, teilte mit, daß in der nächsten Zeit wieder öffentliche Versammlungen stattfinden werden.

Die Berichterstattung der Unterrichtskommission wurde vertagt, ebenso die Wahl eines Revisors. Genosse Tockus teilte auf Wunsch der Mitglieder in knappen Zügen das bisherige Resultat der noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen mit dem Geschäftsführer eines hiesigen Warenhauses mit, dessen Angestellte in einer Betriebsversammlung verschiedentliche Klagen vorgebracht und den Verband beauftragt hatten, für deren Abstellung zu sorgen. Eine demnächst stattfindende neue Betriebsversammlung wird sich noch ausführlicher mit dieser Angelegenheit zu befassen haben. Es wurde ferner auf unsere leider noch viel zu wenig von den Mitgliedern benutzte Bibliothek hingewiesen; Genosse Dr. Sachs regte an, daß man auch speziell kaufmännisch-technische Lektüre anschaffen möge. In Zukunft sollen regelmäßig Berichte über die Mitgliederversammlungen der „Volkswacht" übersandt werden. Genosse Tockus forderte als Vorsitzender der Ueberwachungs-Kommission die Mitglieder auf, alle ihnen zu Ohren gekommenen Uebertretungen der gesetzlichen Vorschriften (Sonntagsruhe, 9 Uhr-Ladenschluß usw. usw.) bei ihm anzumelden; jedem sei strengste Geheimhaltung des Namens zugesichert. Es kommen natürlich auch diejenigen Betriebe in Betracht, in denen keine Verbandsmitglieder tätig sind. Mit dem Appell des Vorsitzenden, mehr als bisher für den Verband zu agitieren und auf die „Volkswacht" zu abonnieren, die allein wahrhaft unsere Interessen vertrete, wurde die Versammlung gegen ½11 Uhr geschlossen.

Vergnügungen.

* **Kolossal-Rundgemälde am Friebeberg.** Nur noch kurze Zeit bietet sich Gelegenheit, das künstlerisch ebenso wertvolle wie naturwahre gewaltige Kampfgemälde „Gustav Adolfs Tod" in der Schlacht bei Lützen zu besichtigen, da bereits Verhandlungen wegen Ausstellung des Bildes in einer anderen Stadt, voraussichtlich Stockholm, eingeleitet sind. Um weiteren Kreisen den Besuch des Panoramas zu ermöglichen, ist auch für diesen Sonntag der Eintrittspreis wieder auf 30 Pfg., Kinder 10 Pfg. ermäßigt. Geöffnet täglich bis Sonnenuntergang.

Breslauer Mehlmarkt. Mehl fest, per 100 Kilogr. inkl. Sack brutto, Weizenmehl 00 fest, 24.50—25.00 Mk. Roggenmehl 00 fest, 21.25—21.75 Mark. Roggen-Hausbacken 20.75 bis 21.25 Mark. Roggen-Futtermehl fest, 10.00 bis 10.75 Mk. Weizenkleie fest 10.10 bis 12.50 Mk.